



Claudia Detsch

Des Klimas Gretchenfragen

Wie sich beim sozial-ökologischen Umbau gesellschaftliche Barrieren überwinden und skeptische Milieus an Bord holen lassen

– Internationaler Vergleich –

EUROPA

EUROPA

FES Just Climate

FES Just Climate fungiert als Thinktank für aktuelle und kommende Trends sowie als Politikberaterin in laufenden Debatten. Wir unterstützen die FES-Büros in der OSZE-Region und ihre Partner bei der Gestaltung der industriellen Revolution unserer Zeit. Dabei konzentrieren wir uns auf Energie-, Struktur-, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik sowie auf soziale und regionale Aspekte des Europäischen Green Deals. FES Just Climate arbeitet dabei mit politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern und anderen Think Tanks zusammen.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

<https://justclimate.fes.de/>

Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autorin

Claudia Detsch ist die Leiterin des FES-Kompetenzzentrums »Klima und soziale Gerechtigkeit«. Zuvor war sie Chefredakteurin des *IPG Journals* in Berlin und Herausgeberin der in Buenos Aires erscheinenden Zeitschrift *Nueva Sociedad*. Von 2008 bis 2012 leitete sie das FES-Büro in Ecuador und das regionale Energie- und Klimaprojekt der Stiftung in Lateinamerika. Sie ist Soziologin und hat in Hamburg und Barcelona studiert.

Dank

Für die intensive Beratung und Lektorierung der Publikation sowie die Begleitung des Umfrageprojekts insgesamt danke ich meinen Kollegen Christian Denzin, Dr. Ludwig List und Stephan Thalhofer. Außerdem danke ich meinen Kolleg*innen Silke Lang, Louisa Kanis und Johannes Strehler für Grafik, Recherchen und Übersetzungen. Weiterer Dank gilt schließlich Dr. Christoph Schleer und Naima Wisniewski vom SINUS-Institut für die Erhebung und Aufarbeitung des umfangreichen Datenmaterials.

Claudia Detsch

Des Klimas Gretchenfragen

Wie sich beim sozial-ökologischen Umbau gesellschaftliche Barrieren überwinden und skeptische Milieus an Bord holen lassen

| | | |
|-----------|--|-----------|
| | EINLEITUNG UND METHODE | 2 |
| I | LÄNDERVERGLEICH | 4 |
| | Wer hat wann Angst vor dem Klimawandel? | 4 |
| | Keine Illusionen, keine Technikgläubigkeit | 7 |
| | Überzeugung für Überzeugte? Fehlende Information, Erklärung und milieuspezifische Ansprache | 7 |
| | Von der Veränderung zur Verschlechterung? Soziale Ausgestaltung muss in den Fokus | 8 |
| | Staatliche Förderung wird erwartet – konkrete Maßnahmen im Stimmungstest | 9 |
| | Boom oder Pleite für die Wirtschaft? | 12 |
| | Arbeitsmarkt und Industrie – fördern und einfordern | 13 |
| | Vorbilder motivieren, Verbote schrecken ab | 14 |
| | Wer ist in der Pflicht? Regierungen und Unternehmen im Fokus | 14 |
| | Dabei sein ist alles – die Menschen wollen sich beteiligen und beteiligt werden | 16 |
| | Verfangen die Erzählungen der Generationengerechtigkeit und der globalen Verantwortung? | 16 |
| II | RÜCKSCHLÜSSE FÜR DIE KLIMANEUTRALE REFORMAGENDA UND DIE ÖFFENTLICHE KOMMUNIKATION | 17 |
| | Den Wandel sozial gerecht gestalten | 17 |
| | Das Gemeinwohl, den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität fördern | 17 |
| | Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen, Elitenwahrnehmung abbauen | 18 |
| | Besser kommunizieren, positive Emotionen wecken, soziale Normen stärken | 18 |
| | Den Strukturwandel durch aktive Industrie- und Arbeitsmarktpolitik gestalten | 19 |
| | ANHANG: MILIEUGRUPPEN UND IHRE SPEZIFISCHEN BARRIEREN UND RESONANZPOTENTIALE | 20 |

EINLEITUNG UND METHODE

An Interesse mangelt es nicht, an Bewusstsein auch nicht. Klima ist wichtig, Klimawandel macht Angst. Gleichzeitig ist damit aber noch nicht viel gewonnen. *Wie soll der klimaneutrale Umbau konkret gestaltet werden? Das ist die Gretchenfrage. Welche Themen rufen Widerstand auf den Plan? Welche Anliegen werden in unterschiedlichen Milieus geteilt, welche abgelehnt? Das muss wissen, wer Konflikte rund ums Klima verstehen will. Das muss wissen, wer auf Reformen setzt, die eine Chance auf breite Zustimmung haben. Ganz allgemein gilt: die Wahl der Mittel entscheidet über mögliche Bündnisse und gesellschaftliche Unterstützung. Anders ausgedrückt: werden die Mittel falsch gewählt, fehlen die Mehrheiten – und es wird ungemütlich rund um die Klimapolitik.*

Was also können diejenigen tun, die sowohl die Klimawende erfolgreich gestalten als auch die Zustimmung der Bevölkerung sichern wollen? Die Ergebnisse unserer Studie liefern Antworten.

Das Kompetenzzentrum Klima und soziale Gerechtigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Bevölkerungsbefragung durch das SINUS-Institut durchführen lassen. Die Umfrage umfasst 19 europäische und nordamerikanische Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Kroatien, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Schweden, Tschechien, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die USA. Das Studiendesign basierte auf quantitativen, bevölkerungsrepräsentativen Befragungen mit einer Stichprobengröße von mindestens 1.200 Personen zwischen 18 und 69 Jahren je Land (insgesamt 22.823 Fälle). Welche Wahrnehmungen, Interessen und Befürchtungen verbinden die Menschen mit der sozial-ökologischen Transformation? Wo gibt es breite Zustimmung, wo lauern Barrieren? Das wollten wir herausfinden.¹

Dabei bestand das Ziel der Erhebung nicht allein darin, ein Panorama der klimapolitischen Einstellungen entlang der klassischen soziodemographischen Kriterien zu erfassen. Vielmehr sollte zusätzlich untersucht werden, wie ausgeprägt unterschiedliche soziale Milieus für klimapolitische Maßnahmen empfänglich sind bzw. welchen Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen. Hierfür wurde das Zielgruppenmodell der Sinus-Meta-Milieus in das Erhebungsdesign integriert und zusätzlich 29 Statements abgefragt, die typische Werthaltungen unterschiedlicher Lebenswelten der Befragten repräsentieren.

Die Sinus-Milieus sind als gesellschaftliche Gruppen zu verstehen, die sich sowohl in ihren sozio-ökonomischen Lebenslagen als auch im Hinblick auf kulturelle Werte, Alltagseinstellungen, Lebensstile und Lebensziele ähnlich sind. Das Mi-

lieukonzept verbindet die in der Klima-Ökonomie diskutierten vertikalen (Einkommen, Bildung, Beruf) und horizontalen (Werte, Alltagseinstellungen, Lebensstile, Lebensziele) Unterschiede und eignet sich daher besonders gut, um Verteilungs- und Wertekonflikte gleichzeitig in den Blick zu nehmen²: Ein solcher Analyseansatz, der die Werthaltungen, Lebensauffassungen und Lebensweisen unterschiedlicher sozialer Milieus als auch deren gesellschaftlichen Status berücksichtigt, ermöglicht eine umfassendere und differenziertere Betrachtung der gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit einem sozial-ökologischen Umbau einhergehen. Die Sinus-Milieus lassen sich in einem Koordinatensystem (Abbildung 1) darstellen, wobei die Milieus in der Vertikalen entlang der Dimension »sozialer Status« und in der Horizontalen entlang der Dimension »Grundwerte« eingeordnet werden:

Grundlage der vorliegenden Auswertung sind die folgenden in der Umfrage untersuchten Bereiche:

- Problembewusstsein rund um Stellenwert und Relevanz des Themas Klima;
- Einstellungen, Motivatoren und Barrieren klima- und umweltbewusster Verhaltensweisen;
- Beurteilungen und Einstellungen zum Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweisen inklusive der Zustimmung oder Ablehnung zu konkreten politischen Maßnahmen;
- Informationsinteresse und Kenntnisstand zu Klima und politischen Maßnahmen.

Die Sinus-Meta-Milieus funktionieren als »Gruppen Gleichgesinnter« über Ländergrenzen hinweg. Sie sind aufgebaut als international vergleichbare Bevölkerungsgruppen mit ähnlichen Grundorientierungen und Lebensentwürfen (jeweils angepasst an die nationalen Verhältnisse). Dies ist bei der folgenden Auswertung hilfreich, da für die Meta-Milieus somit gemeinsame Aussagen getroffen und Rückschlüsse gemeinsam zu allen befragten Ländern gezogen werden können. Bei einer Herangehensweise nach rein soziodemographischen Kriterien wäre dies nur eingeschränkt möglich. Im weiteren Text werden durchgehend die englischen und so von SINUS definierten Milieubezeichnungen verwendet, da sie so im internationalen Vergleich einheitlich angewendet werden können.

¹ Alle Ergebnisse der Umfrage unter: <https://justclimate.fes.de/survey-attitudes-social-ecological-transformation>

² Vgl. Reusswig, F. / Schleer, C. (2021): Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Akteursgruppen im Hinblick auf Veto- und Aneignungspositionen. Literaturstudie zur gesellschaftlichen Resonanzfähigkeit von Klimapolitik im Auftrag der Wissenschaftsplattform Klimaschutz. Berlin und Potsdam.

Abbildung 1
Koordinatensystem der Sinus-Meta-Milieus nach sozialem Status und Grundwerten (18 bis 69 Jährige)

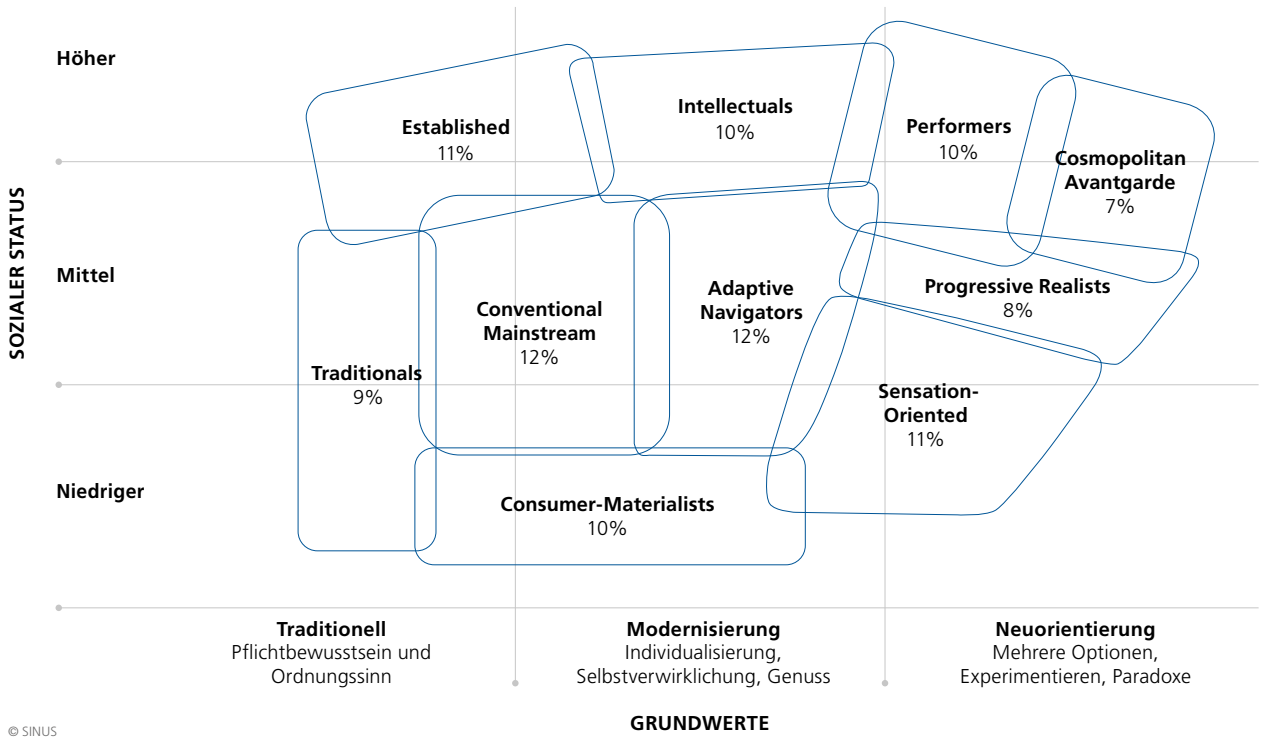


Abbildung 2
Kurzbeschreibung der »Sinus-Meta-Milieus in Established Markets«

| | |
|--------------------------------|---|
| Established | Statusorientierte konservative Elite: Hohes Selbstvertrauen; klassische Verantwortungs- und Leistungsethik; Exklusivitäts- und Distinktionsansprüche sowie Statusanspruch; Selbstverständliche Akzeptanz der gesellschaftlichen Ordnung |
| Intellectuals | Akademische Elite mit post-materiellen Wurzeln: Hohe Affinität für Genuss, Sinnlichkeit, Kunst & Kultur; Kritisch gegenüber Globalisierung; Einsatz für Gerechtigkeit und Gemeinwohl; Verantwortungs-übernahme für sich und andere; affin für (Weiter-) Bildung und hohe Lebensqualität |
| Performers | Effizienz- und fortschrittsorientierte moderne Elite: Globalökonomisches und liberales Denken; Affinität für anspruchsvollen Konsum, modernes Design, Early adopters; Interesse an Technik und Digitalem; kompetitiv und karriereorientiert; Netzwerker; offen gegenüber Wandel und Neuem |
| Cosmopolitan Avantgarde | Ambitionierte & individualistische Avant-Garde: Kosmopolitisch, urban, mobil & flexibel; digitale Nomaden; Lifestyle-Elite, gegen den Mainstream, Wunsch sich abzuheben; Lebensfreude, ambitioniert & erfolgsorientiert |
| Progressive Realists | Treiber der sozialen Transformation: Nachhaltiger Lebensstil ohne Verzichtsideologie; Impulsgeber der globalen sozialen Transformation; progressiv, optimistisch; Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft; Leichtigkeit im Umgang mit Widersprüchen, Party & Protest, Ernsthaftigkeit & Unterhaltung |
| Adaptive Navigators | Angepasster, moderner Mainstream: Flexible Pragmatiker: junge moderne Mittelschicht; hohe Anpassungs- und Leistungsbereitschaft; moderner Lebensstil, digital affin, verlässlich & loyal, offen für neues – jedoch nur bereits Getestetes und Geprüftes |
| Sensation-Oriented | Materialistische und unterhaltungsorientierte (untere) Mittelschicht: Spaßhaben, Gegenwartsorientierung; auffällender Konsum; Anpassung wenn nötig, Ausbrechen wenn möglich; unbesorgt, offen für Risiken; Anti-Spießertum aber dennoch materialistischer Lebensstil; Ablehnung von Konventionen und »political correctness«; auf der Suche nach Spaß, Action, Unterhaltung & Stimulation |
| Conventional Mainstream | Harmoniesuchende ältere Mittelschicht: Unter finanziellen und ideologischen Druck geratene Mittelschicht; Wunsch nach gesicherten Verhältnissen; Sorge um wohlverdiente Errungenschaften; Suche nach Gemeinschaft, Zusammenhalt & sozialem Leben, nachbarschaftliche Unterstützung – bodenständig; Misstrauen gegenüber Vorrangstellung der Eliten – Gefühl der Benachteiligung und Vorzug anderer |
| Traditionals | Ordnungs-/Stabilitätssuchende ältere Generation: Kleinbürgerliche Welt bzw. traditionelle Arbeiterkultur; Wunsch nach sozialer Sicherheit, Harmonie und Beständigkeit; (freiwillig) abgehängt von modernem Lebensstil und digitaler Kultur; Wunsch nach einfachen, sicheren und bodenständigen Verhältnissen |
| Consumer-Materialists | Orientierungs- und Teilhabestrebende Unterschicht: Prekäre Lebensverhältnisse; Anspruchslose Anpassung an Notwendigkeiten; Wunsch nach Konsumstandards der Mitte; trotziger Zusammenhalt in der eigenen Gemeinschaft; Angst vor Geschwindigkeit des Wandels & Sorge, abgehängt zu sein |

LÄNDERVERGLEICH

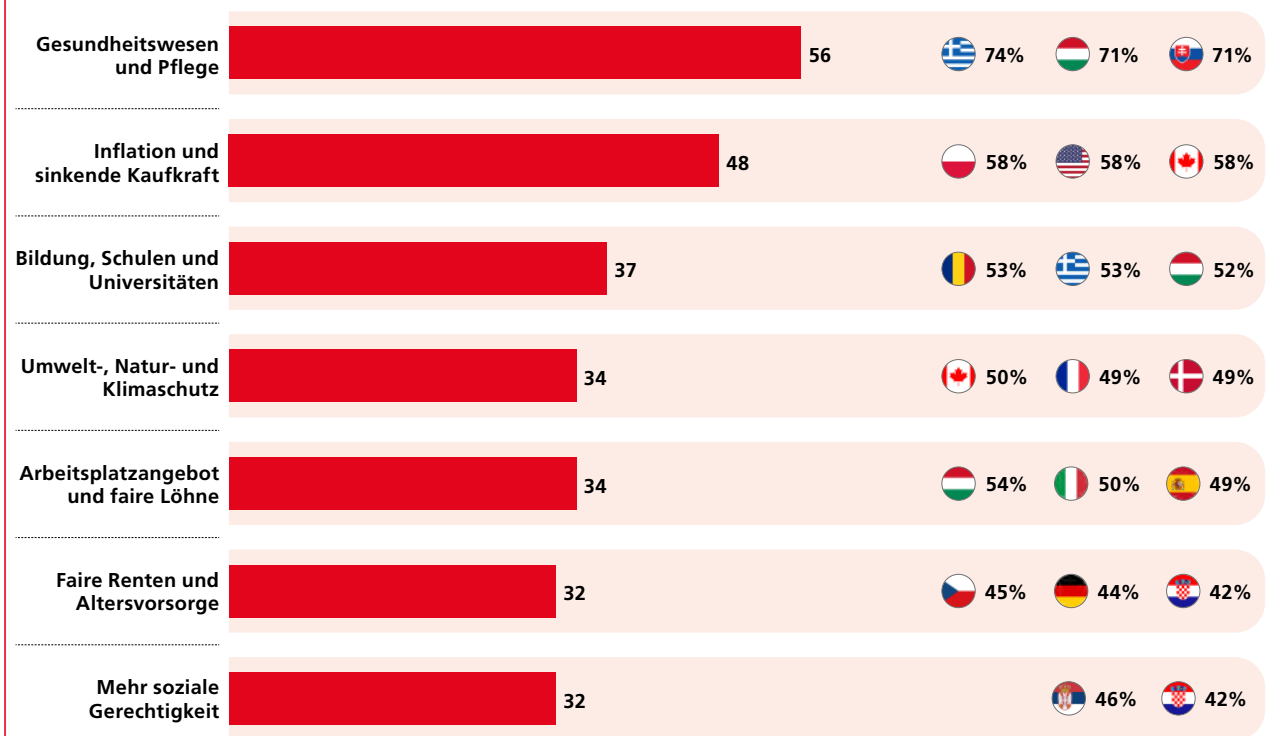
WER HAT WANN ANGST VOR DEM KLIMAWANDEL?

Die Ermittlung des Problembewusstseins steht am Anfang unserer Untersuchung. So betreffen die ersten Fragen **die wichtigsten Themen, um die sich die Politik kümmern sollte**. Dabei landet »Umwelt-, Natur- und Klimaschutz« im Durchschnitt aller Länder auf dem vierten Platz, genannt immerhin von 34 % der Befragten (bis zu fünf Nennungen aus insgesamt 15 Themenvorschlägen waren möglich). Angeführt wird die Liste von »Gesundheitswesen und Pflege« (56 %), »Inflation und sinkende Kaufkraft« (48 %) sowie »Bildung, Schulen und Universitäten« (37 %). An fünfter Stelle im Länderschnitt folgt das Thema »Arbeitsplatzangebot und faire Löhne« (34 %).

In der Länderbetrachtung sind in Südosteuropa die Werte für das Thema »Umwelt-, Natur- und Klimaschutz« deutlich geringer als in Westeuropa sowie Nordamerika. Werte nah am Gesamtdurchschnitt weisen die iberische Halbinsel, Großbritannien, Schweden und mit Abstrichen Polen auf. Schaut man über die Ländergrenzen hinweg und vergleicht die Einstellungen zwischen den Milieus³, so messen die Milieus des unteren und mittleren sozialen Status im Koordinatensystem dem Thema eine deutlich geringere Bedeutung zu (*Conventional Mainstream, Adaptive Navigators, Sensation Oriented, Consumer Materialists*) als die Milieus

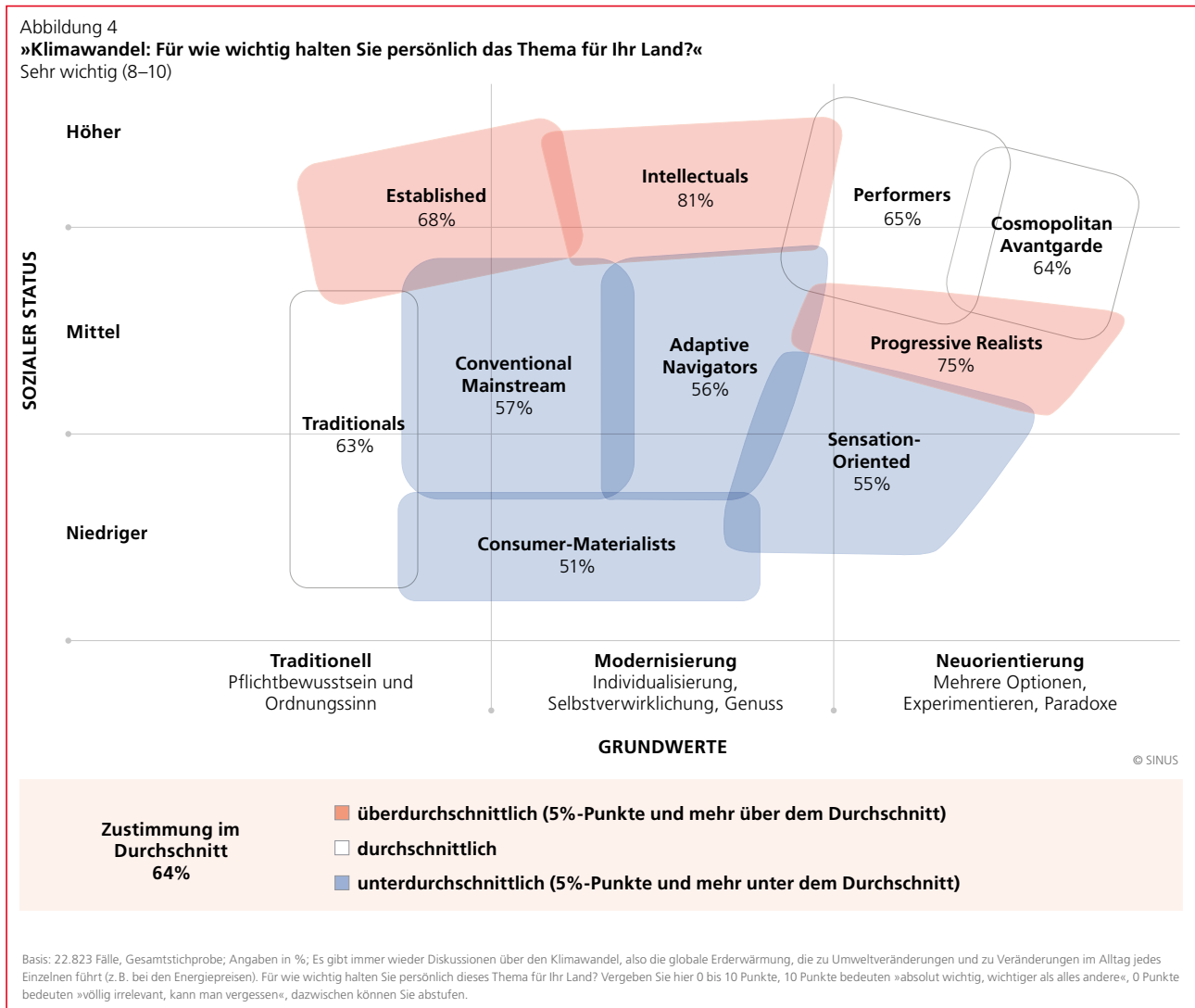
³ Die zusammenfassende Betrachtung einzelner Milieus mehrerer Länder wird durch die Sinus-Meta-Milieus möglich, siehe oben.

Abbildung 3
Die wichtigsten Themen, um die sich die Politik kümmern sollte (Nennung von bis zu fünf Themen aus 15)



in diesen Ländern überdurchschnittlich häufig genannt

Basis: 22.823 Fälle, Gesamtstichprobe; Angaben in %; Welche der folgenden Themen sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten, um die sich die Politik kümmern sollte? Bitte wählen Sie bis zu 5 Themen aus. Darstellung der häufigsten Nennungen.



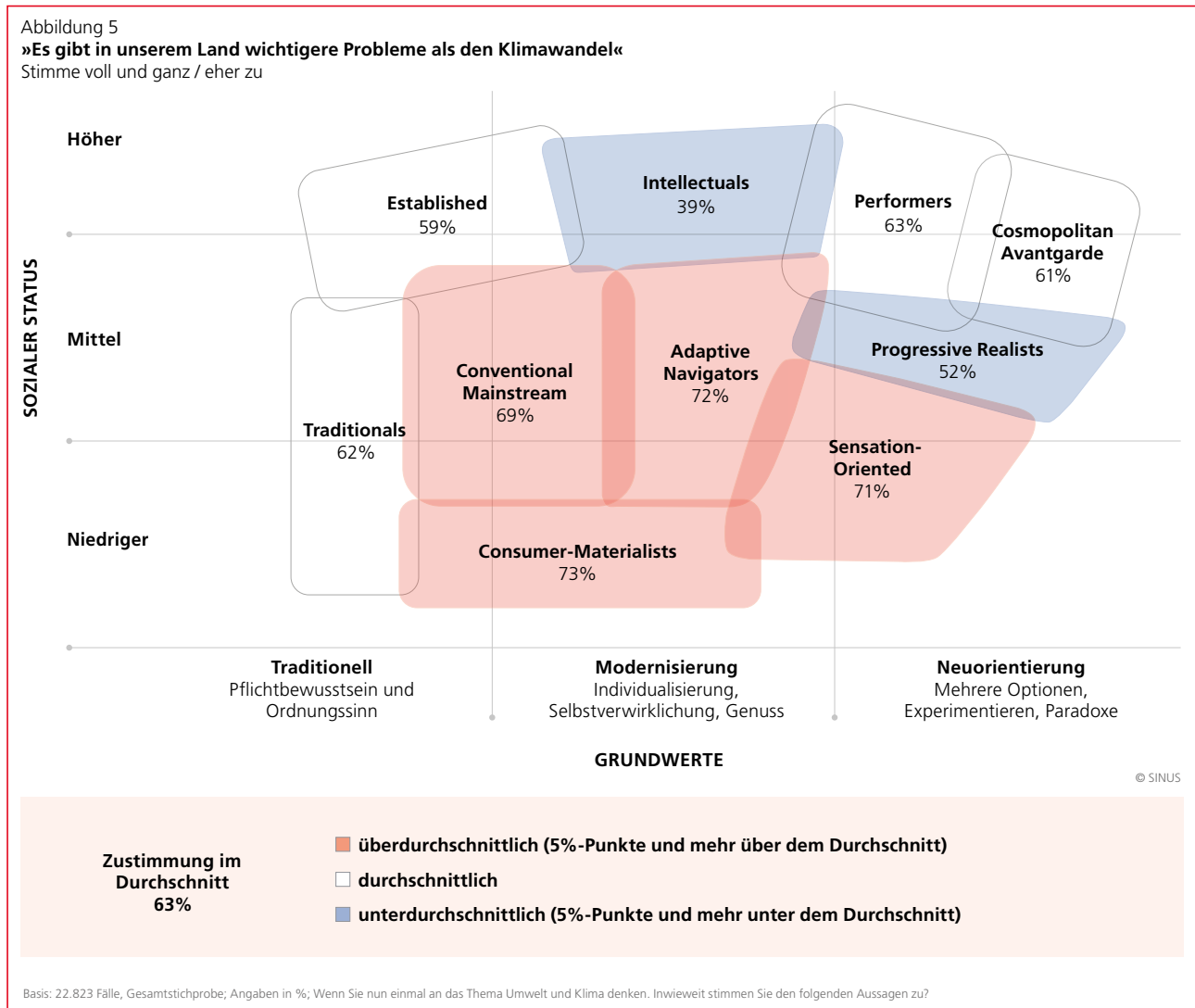
der oberen sozialen Statusgruppe (*Intellectuals, Cosmopolitan Avantgarde, Established, Performers*).

Das Thema »Sichere Energieversorgung und bezahlbare Energiepreise« wählen 28 % aller Befragten als eines der fünf drängendsten Themen, um das sich die Politik kümmern sollte und landet damit auf Platz zehn (von 15) in der internationalen Gesamtwertung. Signifikant höhere Platzierungen erfährt das Thema allerdings in Deutschland (46 %), Polen (44 %), Großbritannien (42 %), der Tschechischen Republik (42 %) und der Slowakei (37 %). Nicht von ungefähr dürften diese traditionell von russischen Energierohstoffen abhängigen Länder hier größeren Handlungsbedarf sehen.

Bei der Frage **welche Themen zu den größten Herausforderungen für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen gehören**, kommen »Klimawandel und klimaschädliche Emissionen« immerhin im Durchschnitt aller Befragten auf den zweiten Platz mit 52 % (es waren wieder bis zu 5 Nennungen möglich aus insgesamt 11 Themen). Knapp davor mit 54 % rangiert an erster Stelle der Nennungen »Verschmutzung des Wassers/Wasserqualität«. Diese Werte zum Klimawandel sind allerdings in der Tschechischen Republik (35 %), in der Slowakei (41 %), in Serbien (40 %), Rumänien (41 %) und Kroatien (46 %) deutlich niedriger als der

Durchschnitt. In der Milieubetrachtung zur Bewertung des Themas »Klimawandel und klimaschädliche Emissionen« als wichtigste Herausforderung liegt das Milieu der *Intellectuals* mit 73 % weit vorn, während dabei die übrigen Milieus keine starken Abweichungen vom Durchschnittswert 52 % aufweisen.

Das Thema »Zunehmender Energie- und Rohstoffverbrauch« benennen 34 % im Durchschnitt aller Befragten als größte Herausforderung für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen (Rang 7 unter den 11 möglichen Themen), angeführt von Polen (48 %), Ungarn (47 %) und Deutschland (41 %) sowie der Türkei (41 %). **Rund zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, erneuerbare Energien (Sonne, Wind etc.) hätten für sie seit dem Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts an Bedeutung gewonnen** (Antwort »ja« und »eher ja«). Am höchsten ist dieser Wert in der Türkei (90 %), Dänemark (83 %) und Portugal (80 %), am niedrigsten in den USA (52 %), der Tschechischen Republik (53 %) und der Slowakei (54 %). Allerdings stimmen die Milieus des oberen sozialen Status (alle Wertorientierungen eingeschlossen) überdurchschnittlich, die drei Milieus links unten im Milieukoordinatensystem (niedriger sozialer Status und traditionelle Werte) unterdurchschnittlich zu. Die Energiewende wird durch politische Entscheidungsträger*innen



sowie weitere Befürworter*innen auch durch den Zugewinn an nationaler Souveränität und höherer Verlässlichkeit sowie stabilerer Preise für die Haushalte begründet. Diese Erzählung scheint mit der Lebenswelt der genannten Milieus noch nicht ausreichend verzahnt.

Bei der Frage an die Teilnehmenden **wie wichtig das Thema Klimawandel für ihr Land** ist, sind die Milieuunterschiede ebenfalls signifikant. Bei einem Durchschnittswert von 64 %, die das Thema als sehr wichtig erachten, liegen *Consumer-Materialists*, *Sensation-Oriented*, *Adaptive Navigators* und *Conventional Mainstream* deutlich darunter, *Intellektuelle* und *Progressive Realists* deutlich darüber. Beim Ländervergleich zeigt sich, dass die südosteuropäischen Länder und Italien über dem Durchschnitt liegen.

Rund 80 % aller Befragten haben **Angst vor dem Klimawandel**; insbesondere extreme Wetterereignisse beunruhigen fast zwei Drittel. Nach der Tschechischen Republik mit 19 % ist in Deutschland mit 25 % der Wert derer am niedrigsten, die voll und ganz der Aussage zustimmen, vor den Folgen des Klimawandels hätten sie Angst.

Allerdings stimmen auch fast zwei Drittel (63 %) der Aussage zu, dass es **wichtigere Probleme als den Klimawandel**

del gibt (entsprechende Hinweise liefert die bereits angeführte Liste der drängendsten Probleme, siehe auch Abbildung 3). **Hier steht der Temperaturanstieg also in einem Bedeutungswettbewerb. Spätestens wenn es den Anschein hat, dass klimapolitische Maßnahmen die als wichtiger wahrgenommenen Probleme verschärfen, dürften Konflikte vorprogrammiert sein. So stimmen im Milieu der Adaptive Navigators 72 % der Befragten zu, dass es wichtigere Probleme gäbe (siehe Abbildung 5). Laut SINUS-Institut ist dieses Milieu der jungen modernen Mittelschicht von zentraler Bedeutung.** Es ist aufgeschlossen, zielstrebig, gut ausgebildet, flexibel, anpassungsbereit und generell offen für Neues – und daher eigentlich empfänglich für das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft. Gelingt es, die moderne Mitte von konkreten Maßnahmen zu überzeugen, so hat das auch Auswirkungen auf die angrenzenden Milieus (siehe Anhang zu den Milieugruppen und ihren spezifischen Barrieren und Resonanzpotentialen)⁴.

⁴ Schleer, C. / Wisniewski, N. / Reusswig, F. (2024): Sozialökologische Transformation gestalten: Wie gesellschaftliche Barrieren überwunden und Resonanzpotentiale genutzt werden können. SINUS-Institut. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/bruessel/21075.pdf>

KEINE ILLUSIONEN, KEINE TECHNIKLÄUBIGKEIT

Deutschland hat den niedrigsten Wert bei der Aussage »**zugunsten der Umwelt sollten wir alle bereit sein, unseren Lebensstil zu ändern**« – nur 78 % stimmen zu; der Durchschnitt der 19 Länder liegt bei 88 %. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den Milieus des höheren sozialen Status und des niederen bis mittleren Status erheblich, wobei sie bei »stimme voll und ganz zu« wesentlich weiter auseinander liegen (66 % *Intellectuals* gegenüber 28 % *Adaptive Navigators*) als bei der erweiterten Zustimmung. **Die insgesamt sehr hohen Werte lassen aber keinen Zweifel daran, dass grundsätzlich Bereitschaft besteht, auf den Temperaturanstieg durch Änderungen im eigenen Verhalten zu reagieren.**

Die Befragten machen sich keine Illusionen über die Reichweite der Herausforderung. So stimmt nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten zu, **dass Wissenschaft und Technik das Problem des Klimawandels lösen werden, ohne dass wir unsere Lebensweise grundlegend ändern müssen.** Hier liegt die Türkei mit weitem Abstand vorn (71 %); aber auch Polen hat mit 46 % überdurchschnittliche Werte. Voll und ganz stimmen dieser Aussage länderübergreifend sogar nur 9 % zu. Die Milieus liegen hier weit auseinander und zwar in einer eher untypischen Weise. Die ansonsten häufig eher auseinanderliegenden Pole *Intellectuals* (17 %) und *Consumer-Materialists* (30 %) weisen gemeinsam deutlich unterdurchschnittliche Werte auf, gefolgt von

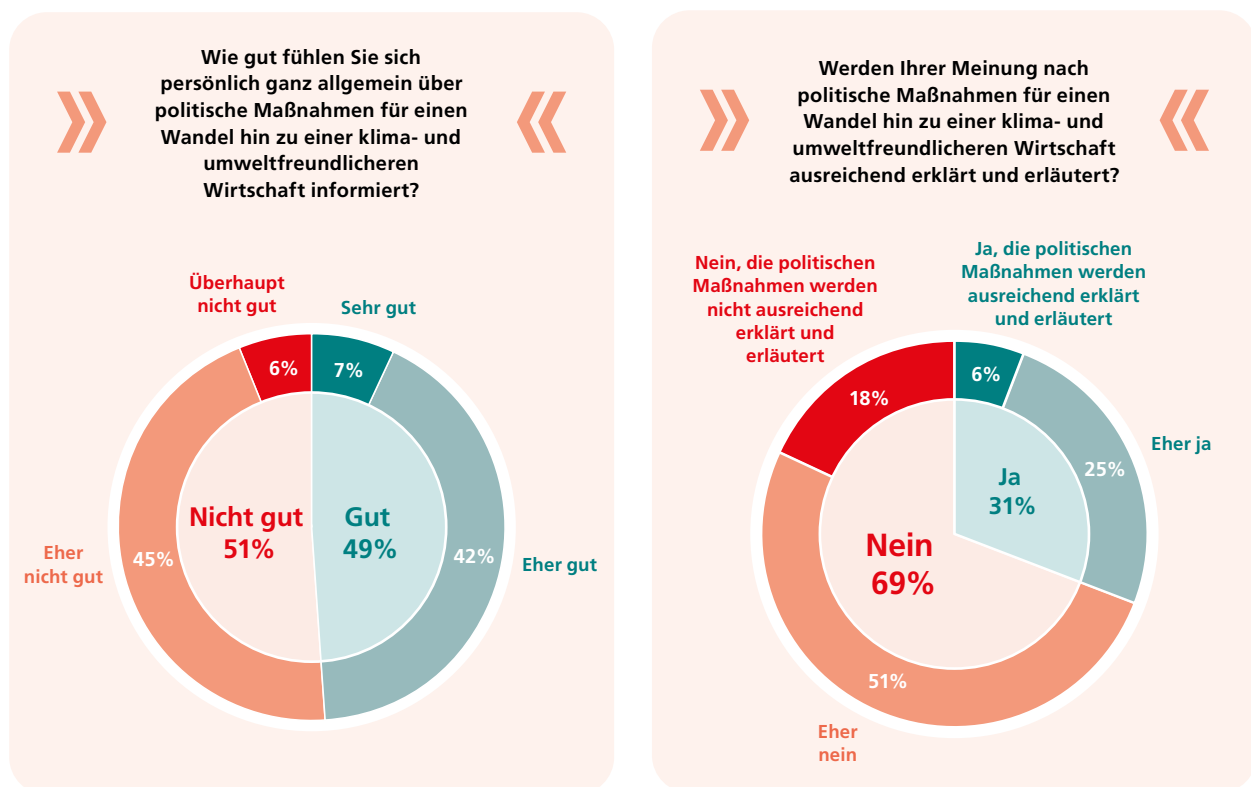
Traditionals und *Conventional Mainstream*. Beim Vertrauen in Wissenschaft und Technik sortieren sich die Milieus hier offenbar stärker nach überlappenden Werteorientierungen. Überdurchschnittliches Vertrauen zeigen dafür mit Ausnahme der *Progressive Realists* die Milieus mit Werteorientierung im Koordinatensystem in Richtung Modernisierung und Neorientierung. Hier sind Grundwerte offensichtlich wesentlich meinungsleitender als der soziale Status.

ÜBERZEUGUNG FÜR ÜBERZEUGTE? FEHLENDE INFORMATION, ERKLÄRUNG UND MILIEUSPEZIFISCHE ANSPRACHE

Vier von fünf Personen geben an, sie interessieren sich für das Thema Klimawandel. Allerdings gibt es hier signifikante Milieuunterschiede – Menschen höheren sozialen Status sind deutlich interessierter. Wenn etwa das Milieu der *Consumer Materialists* mit 39 % eher weniger oder gar kein Interesse am Klimawandel hat, dann dürften sie entsprechende Maßnahmen zu seiner Bekämpfung auch eher als Zumutung empfinden, da sie Klimawandel nicht als zentrales Problem wahrnehmen oder anerkennen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Prozentzahlen zur Frage, **wie gut man sich allgemein über politische Maßnahmen informiert fühlt.** 49 % der Befragten fühlen sich persönlich »gut« beziehungsweise »eher gut« über politische Maßnahmen für einen Wandel hin zu einer klima- und umweltfreundlicheren Wirtschaft

Abbildung 6
Informationsstand allgemein und Erklärungsbedarf politischer Maßnahmen



informiert. Die Werte sind am höchsten in der Türkei (71 %) und Portugal beziehungsweise den USA (60 %), am niedrigsten in Serbien (35 %) und Dänemark (39 %). Interessant sind hier die Milieuverteilungen. **Die für Neuorientierung und für einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft offenen Milieus (rechtes Drittel der Milieugraphik) sowie die Established fühlen sich überdurchschnittlich, traditionellere Milieus mit niedrigem bis mittleren sozialen Status unterdurchschnittlich gut informiert.**

Offenkundig holt man bislang die ohnehin am Thema Interessierten besser ab als die Zweifler. **Für die Durchsetzung der klimapolitischen Reformagenda wird man aber auch die Noch-nicht-Überzeugten besser ansprechen müssen.** Dabei kann man die Überzeugungsarbeit nicht vorrangig über Statistiken, Studien und Zukunftsszenarien tätigen, da diese in erster Linie für bereits Interessierte attraktiv zu sein scheinen. **Will man die skeptischeren oder uninteressierteren Gruppen ins Boot holen, braucht es weitere Zugänge.**

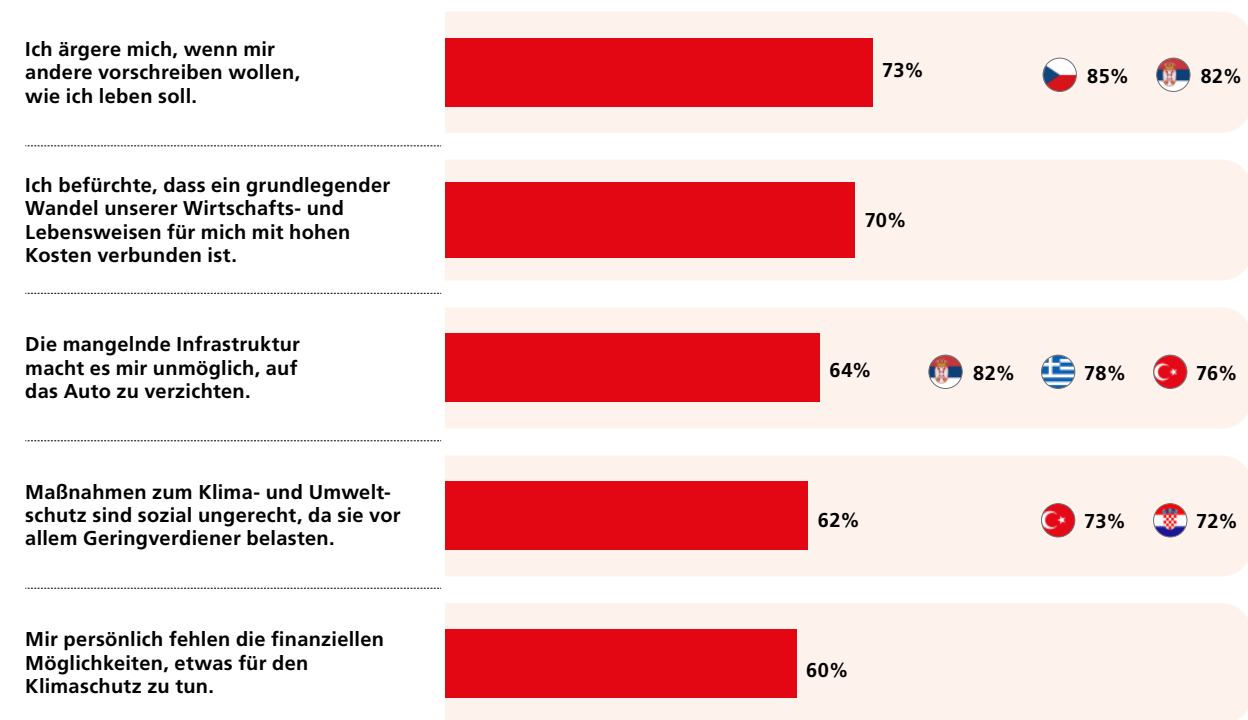
Deutlicher wird dies noch bei der Frage, **ob politische Maßnahmen für einen Wandel hin zu einer klima- und umweltfreundlicheren Wirtschaft aus Sicht der Befragten ausreichend erklärt** und erläutert werden. 69 % verneinen dies (»nein« und »eher nein«), 31 % stimmen zu (»ja« und »eher ja«). Am höchsten sind die zustimmenden Werte in der Türkei (47 %) und Nordamerika (je 45 %), am niedrigsten in Serbien (16 %), Kroatien (18 %)

und der Tschechischen Republik (20 %). Auch hier sind die Werte in den Milieus am höchsten, die für einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft offenen sind (rechte Seite des Koordinatensystems). Die niedrigsten Werte weisen die drei Milieus links-unten im Koordinatensystem auf. **Hier leitet sich aus den Ergebnissen dieser repräsentativen Umfrage ein klarer Auftrag an die Politik ab, die klimapolitischen Maßnahmen umfassender anzukündigen, sie in ihrer praktischen Konsequenz zu erläutern und sie anschließend mit einem verlässlichen Planungshorizont und in nachvollziehbaren Schritten umzusetzen.**

VON DER VERÄNDERUNG ZUR VERSCHLECHTERUNG? SOZIALE AUSGESTALTUNG MUSS IN DEN FOKUS

Immerhin ein Fünftel der Befragten stimmt voll und ganz zu, dass **die Vorstellung eines grundlegenden Wandels unserer Wirtschafts- und Lebensweisen sie beunruhigt**, da sie aus Erfahrung wüssten, dass viele Menschen danach schlechter dastehen als zuvor. Interessanterweise sind diese Werte in Osteuropa mit seinen intensiven Transformationserfahrungen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs niedriger als in Westeuropa. Regionale Ausnahme ist Rumänien, hier stimmen 30 % dieser Aussage zu, gefolgt von den USA. Die niedrigsten Werte weisen Serbien und Dänemark sowie Schweden auf. Bei dieser Frage sind die Unterschiede zwischen den Milieus erheblich. Da

Abbildung 7
Die größten Barrieren von klima- und umweltbewussten Verhaltensweisen



in diesen Ländern überdurchschnittlich häufig genannt

Basis: 22.823 Fälle, Gesamtstichprobe; Angaben in %; Hier sehen Sie einige Aussagen zum Thema Umwelt- und Klimaschutz. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Antwortkategorien »stimme voll und ganz / eher zu« (Darstellung der häufigsten Nennungen)

die Milieus der *Intellectuals* und *Cosmopolitan Avantgarde* seltener negative Erfahrungen mit Transformationen haben dürften als Industriearbeiter niedrigeren sozialen Milieus, überrascht das nicht. Insgesamt stimmt knapp jede*r zweite Befragte dieser Aussage zumindest eher zu.

70 % befürchten, dass ein grundlegender Wandel unserer Wirtschafts- und Lebensweisen für sie mit hohen Kosten verbunden ist. Mit der Sorge über Ausmaße und Auswirkungen eines grundsätzlichen Umbaus korreliert wohl der Wunsch, »statt den Klimaschutz in den Vordergrund zu stellen, sollten wir uns vielmehr darauf konzentrieren, uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen«. Mehr als die Hälfte stimmt dieser Aussage insgesamt zu. Am höchsten ist dieser Wert in Frankreich (65 %) und Griechenland (62 %), den USA und Kroatien (beide 59 %), am niedrigsten in Polen, der Tschechischen Republik (beide 46 %), Portugal (47 %) und Deutschland (48 %). Signifikant sind die Unterschiede zwischen den Milieus – bei den *Intellectuals* stimmt mit nur 30 % weniger als ein Drittel zu, bei den *Adaptiv Navigators* (62 %) und dem Milieu der *Sensation Oriented* (64 %) nahezu zwei Drittel. Auch hier braucht es entsprechend an diese Milieus gewandte Überzeugungsarbeit, warum der Kampf gegen einen weiteren Temperaturanstieg wichtig bleibt, welche Auswirkungen andernfalls für den eigenen Alltag vor Ort drohen und welche Konsequenzen der Umbau mit sich bringt.

Groß sind die Sorgen um die Auswirkungen auf die soziale Balance. »Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz sind sozial ungerecht, da sie vor allem Geringverdienende belasten« – hier stimmt mehr **als ein Fünftel ganz zu, weitere 40 % stimmen eher zu.** Führend ist Deutschland, wo fast ein Drittel der Befragten voll und ganz zustimmt (29 %, nur übertroffen von der Türkei mit 30 %; insgesamt stimmen in der Türkei 73 % und in Deutschland 66 % zu). Am geringsten ist diese Sorge in Italien und Großbritannien (16 % stimmen voll zu) und in Nordamerika (17 %). Wenig überraschend stimmen die Milieus mit niedrigerem sozialem Status signifikant häufiger zu.

Man kann allerdings auch den Wohlhabenderen nicht vorwerfen, sich schlicht davonzustellen; immerhin dürften sie bei einer sozial gerechten Ausgestaltung ihren Anteil an den Kosten zu schultern haben. So sagen insgesamt fast 90 % aller Befragten, sie wären bereit mehr zu tun, wenn die Kosten sozial gerecht verteilt würden. Dieser Wert fällt bei den Milieus mit niedrigerem sozialem Status sogar niedriger aus.

Nur an der sozial gerechten Ausgestaltung hängt es also auch nicht – aber die Werte weisen sie klar als conditio sine qua non aus. Diese Selbstverpflichtung der finanziell Bessergestellten wird man tatsächlich einfordern müssen – den Milieus des niedrigeren sozialen Status ist klar, dass ihre eigene individuelle Verantwortung kleiner ist. Entsprechend genau wird verfolgt, ob finanzstärkere Gruppen und Bildungseliten tatsächlich ihren gerechten Anteil leisten (siehe auch Anhang, zu den verunsicherten und kritisch-zurückhaltenden Milieus).

Wiederum 90 % stimmen der Aussage zu, die Politik müsse sich viel stärker um eine sozial gerechte Ausgestaltung des Wandels unserer Wirtschafts- und Lebensweisen kümmern. Billig ist das nicht zu haben: 87 % der Befragten befürworten, dass Personen mit niedrigem Einkommen finanziell stärker unterstützt werden sollten, wenn wegen Klimaschutzmaßnahmen die Kosten für Strom und Wärme oder Mobilität steigen (46 % stimmen voll und ganz, weitere 41 % stimmen eher zu). Am höchsten sind diese Werte in Südosteuropa. 90 % befürworten staatliche Förderung für die Sanierung von Gebäuden zur Wärmedämmung, 91 % die finanzielle Förderung kosteneffizienter Heiz- und Wärmesysteme (z. B. Wärmepumpe).

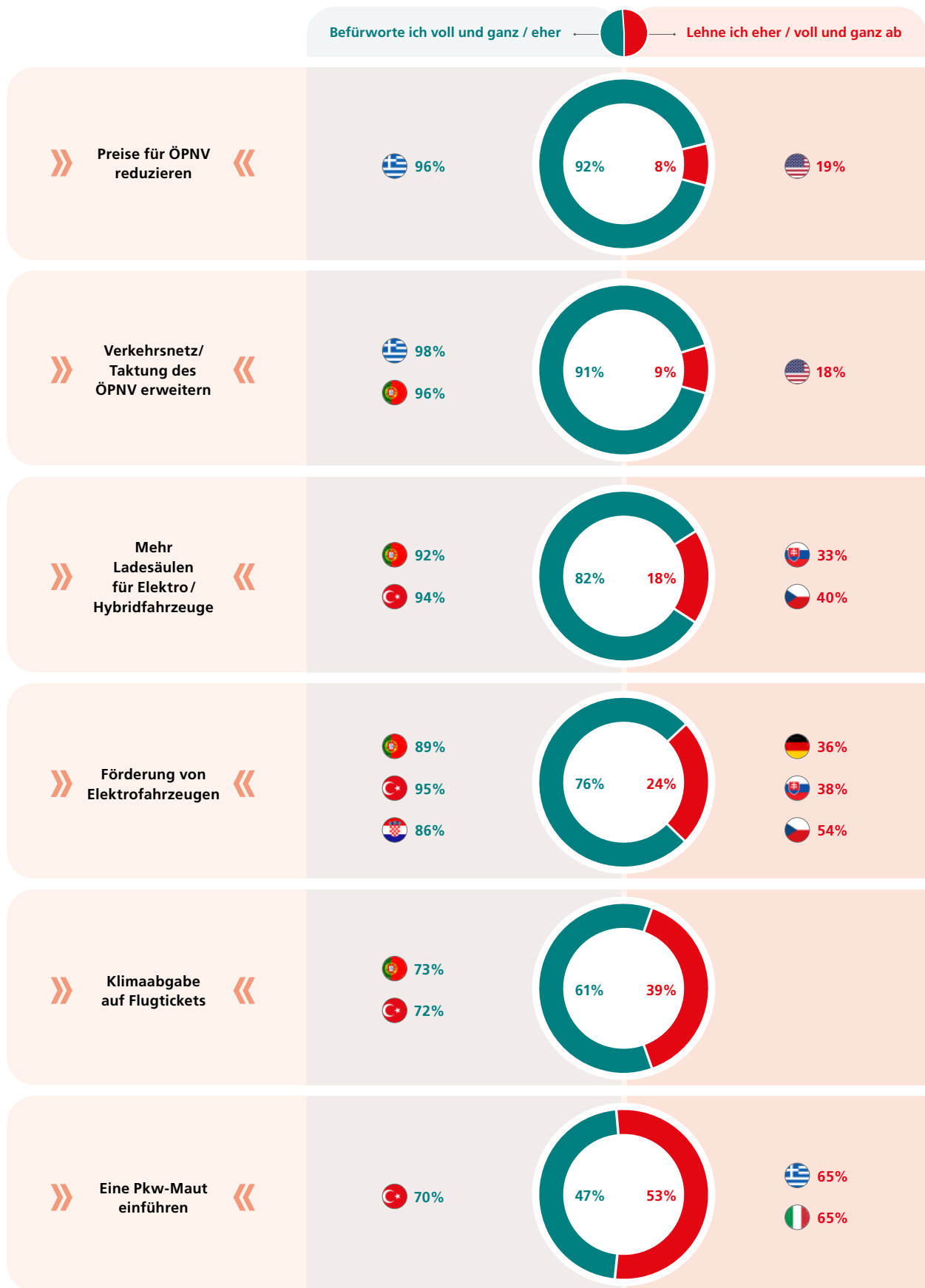
STAATLICHE FÖRDERUNG WIRD ERWARTET – KONKRETE MASSNAHMEN IM STIMMUNGSTEST

Mit Blick auf die Zustimmungswerte zu verschiedenen Maßnahmen, um den Klima- und Umweltschutz voranzubringen, lässt sich salopp sagen, dass diese dort am höchsten sind, wo es staatliche Förderung gibt oder die Befragten selbst keine zusätzlichen direkten Kosten fürchten müssen – so etwa beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (92 % befürworten es, die Preise für den öffentlichen Nahverkehr zu reduzieren). Das **Verkehrsnetz** und die Taktung des **öffentlichen Nahverkehrs** zu erweitern, befürworten 90 %. Mehr **Ladesäulen für Elektro- oder Hybridfahrzeuge** begrüßen 82 %, die **Förderung von Elektrofahrzeugen** (z. B. über Steuerentlastungen und finanzielle Zuschüsse) 76 %. Bei der Förderung von Elektrofahrzeugen und Ladesäulen gibt es signifikante Unterschiede der Milieus; die Milieus des höheren sozialen Status sowie das Milieu der *Progressive Realists* (49 % befürworten »voll und ganz«) sprechen sich überdurchschnittlich häufig dafür aus; *Adaptive Navigators* (28 %), *Conventional Mainstream* (31 %) und *Consumer Materialists* (31 %) unterdurchschnittlich.

Fast die Hälfte der Befragten befürwortet voll und ganz staatliche Förderung für private Haushalte, wenn sie erneuerbare Energien nutzen (beim **Heizen**, bei der **Stromerzeugung**), weitere 42 % befürworten dies eher; ablehnend äußern sich nur 12 % (allerdings 25 % in Dänemark sowie 21 % in Schweden, der Tschechischen Republik und den USA). Bei derlei Maßnahmen zum Bereich **Wohnen** sind die ablehnenden Werte in den USA etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt; ähnlich sieht es in der Tschechischen Republik aus. Aber auch dort sprechen sich stabile Mehrheiten von mindestens drei Viertel der Befragten für solche Maßnahmen aus.

Hier wird sehr deutlich, dass der Umbau für den Staat nicht zum Nulltarif zu haben sein wird. Angesichts finanziell begrenzter Spielräume und erheblichen Mehraufwands in anderen Politikbereichen wie Sicherheit und Verteidigung oder Pflege und Erziehung kann es hier zu Interessenkonflikten des Staates kommen. **Gleichzeitig machen die Ergebnisse sehr deutlich, dass an einer sozialen Abfederung ebenso wie an einer staatlich flankierten Strukturpolitik für die Befragten kein Weg vorbeiführt.**

Abbildung 8
 Beurteilung von Maßnahmen im Bereich Mobilität



in diesen Ländern überdurchschnittlich häufig genannt

Basis: 22.823 Fälle, Gesamtstichprobe; Angaben in %; Es gibt verschiedene Vorschläge, um den Klima- und Umweltschutz voranzubringen. Inwieweit befürworten Sie die folgenden Maßnahmen? Antwortkategorien »Befürworte ich voll und ganz« und »Befürworte ich eher«

Insgesamt 85 % befürworten gesetzliche Vorschriften zur Energieeffizienz von elektrischen Haushaltsgeräten (z.B. Energieklasse Kühlschrank); am niedrigsten, aber dennoch recht hoch ist dieser Wert mit 73 % in Deutschland und den USA. **Den Konsument*innen durch ansprechende Kennzeichnungen Kaufentscheidungen zu erleichtern, scheint daher für die meisten Milieus ein akzeptierter ordnungspolitischer Weg.**

Den Bau von mehr Windkraftanlagen befürworten 85 % (46 % voll und ganz), die Mitgliedschaft in einer Energiegemeinschaft oder Genossenschaft 83 % (31 % voll und ganz) und eine Solarpflicht für öffentliche Gebäude und private Neubauten 82 % (42 % voll und ganz). Signifikant höhere Werte weisen jeweils die Türkei und Portugal auf (für Solar auch Kroatien), niedrigere Werte Deutschland, die Tschechische Republik, Schweden bei beiden Energiequellen sowie Frankreich bei Windkraft und Polen bei der Solarpflicht.

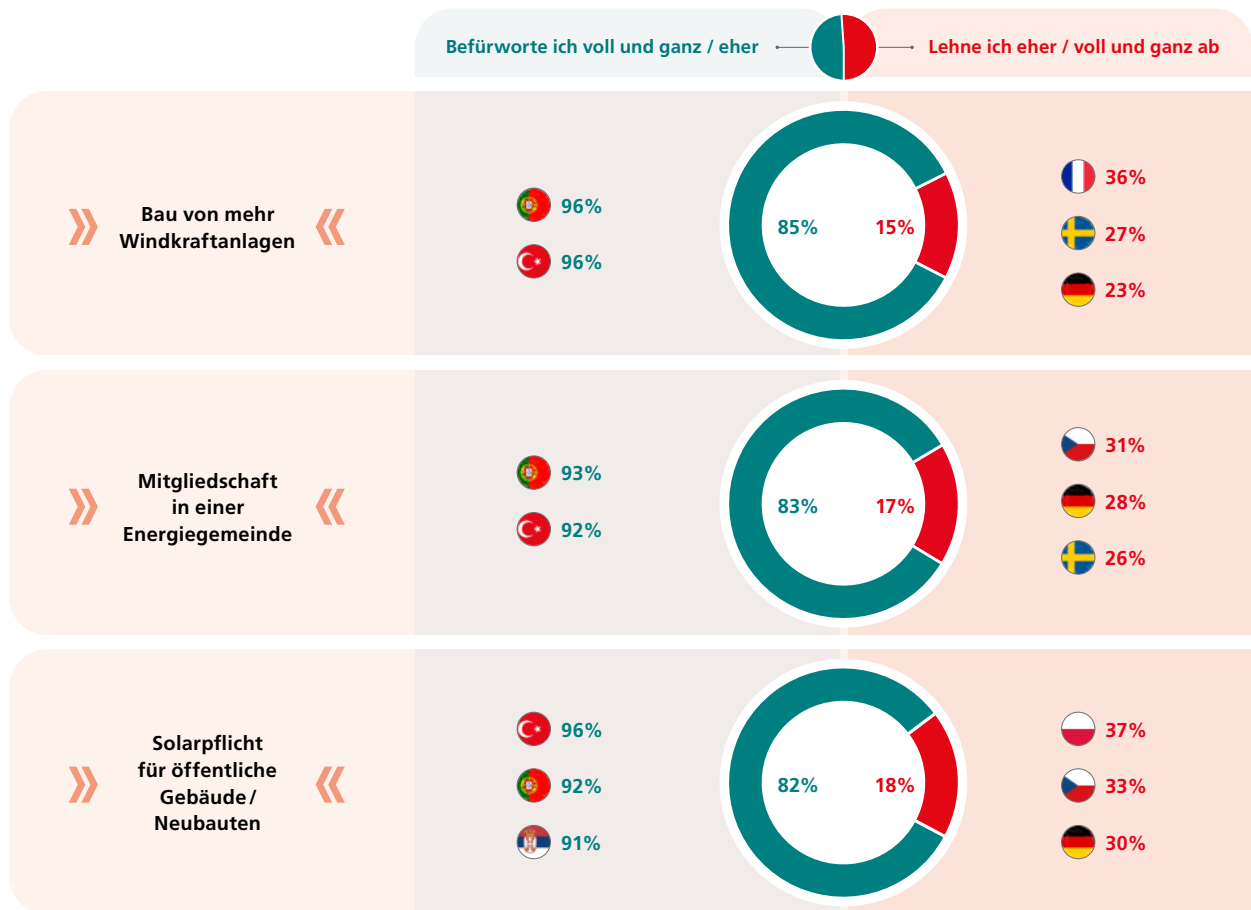
Nahezu 9 von 10 Befragten befürworten Förderprogramme, die Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche Produktionsverfahren und Produkte unterstützen. 92 % sind dafür, die Entwicklung von klimaf-

reundlichen Produkten und Technologien stärker zu fördern; 89 % für die Kennzeichnung von klimafreundlichen Produkten. **Hier zeigt sich, dass der eingeschlagene Pfad zur Kreislaufwirtschaft mit der hohen Bedeutung an nachhaltigen Produkten und allgemein zugänglicher Informationen über Material und Verarbeitung auf hohe Zustimmung in der Bevölkerung trifft.**

Auch weitergehende unterstützende Maßnahmen finden hohe Zustimmung. 92 % sprechen sich dafür aus, **die schulische Bildung im Bereich Umwelt- und Klimaschutz zu verbessern** (diese Werte sind in Südeuropa signifikant höher; den niedrigsten Zustimmungswert hat Deutschland mit 85 %). **89 % plädieren für »Ausbildung/Weiterbildung/Umschulungsangebote für Arbeitnehmende in Berufen, die zukünftig nicht mehr gebraucht werden«.** Hier sind die Zustimmungswerte in Südeuropa signifikant höher, in der Tschechischen Republik, der Slowakei und den USA signifikant niedriger.

Entstehen nun durch Klimaschutzmaßnahmen höhere Kosten, beginnen die Aussagen stärker zu variieren, nach Maßnahmenart, Land und Milieu. **65 % befürworten es, klimaschädliche Produkte zu verteuern** (25 % stimmen

Abbildung 9
Beurteilung von Maßnahmen im Bereich Energie



○ in diesen Ländern überdurchschnittlich häufig genannt

Basis: 22.823 Fälle, Gesamtstichprobe; Angaben in %; Es gibt verschiedene Vorschläge, um den Klima- und Umweltschutz voranzubringen. Inwieweit befürworten Sie die folgenden Maßnahmen?
Antwortkategorien »Befürworte ich voll und ganz« und »Befürworte ich eher«

voll und ganz, 40 % eher zu). Besonders hoch ist die Zustimmung in der Türkei (86 %) und Portugal (76 %). Nur in Frankreich lehnt mit 58 % eine Mehrheit eine solche Verteuerung ab. *Consumer Materialists* und *Conventional Mainstream* haben unterdurchschnittliche, *Intellectuals*, *Established* und *Progressive Realists* überdurchschnittliche Zustimmungswerte. **Eine Klimaabgabe auf Flugtickets findet noch bei 60 % Zustimmung, eine Pkw-Maut, bei der Vielfahrer mehr bezahlen müssen, finden nur noch 47 % zumindest eher gut.** Das Milieu der *Intellectuals* stimmt der Erhöhung von Preisen etwa durch eine Flugabgabe und Pkw-Maut signifikant häufiger zu. Während bei der Flugabgabe die *Adaptive Navigators* unterdurchschnittlich zustimmen, sind es bei der Pkw-Maut die drei Milieus im niedrigen sozialen Status, die gleichzeitig zumindest teilweise traditionell orientiert sind (*Traditionals* sowie *Conventional Mainstream* und *Consumer-Materialists*).

Immerhin 72 % sind insgesamt dafür, klimaschädliche Subventionen abzubauen (mit 30 % immerhin fast ein Drittel voll und ganz). Am niedrigsten sind die Zustimmungswerte dafür in Kroatien (50 % für voll und ganz sowie eher), Schweden (56 %), Deutschland (64 %) und Frankreich sowie der Tschechischen Republik (beide 65 %). Hier

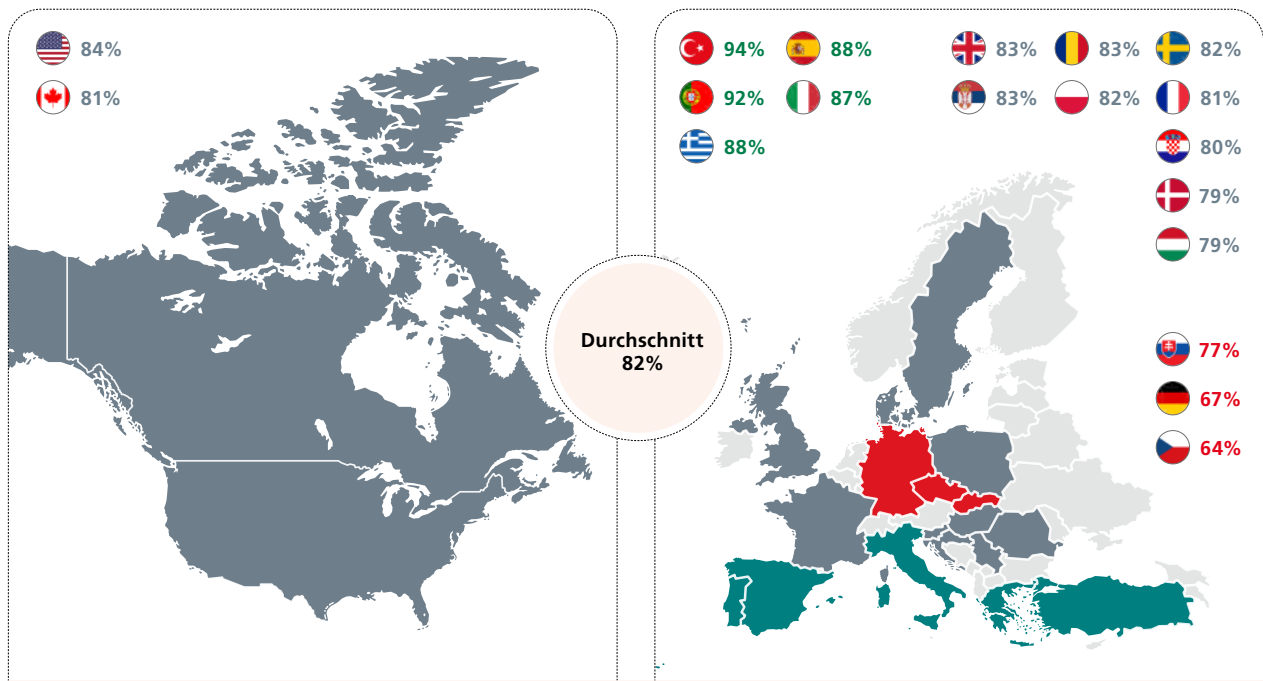
ist aus der Praxis bekannt, dass Subventionsabbau nicht gleich Subventionsabbau für die Bevölkerung ist – die Pendlerpauschale nehmen die Menschen anders wahr als etwa Subventionen für die Industrie. Die Frage nach den sozialen Auswirkungen beziehungsweise Gegenmaßnahmen bleibt auch hier relevant.

BOOM ODER PLEITE FÜR DIE WIRTSCHAFT?

Sowohl **Barrieren** als auch **Motivatoren für einen klimaneutralen Umbau** finden sich auch bei den angenommenen Auswirkungen auf die Wirtschaft – Skeptische unter den Befragten verweisen auf mögliche negative Folgen für Unternehmen etwa durch Kostensteigerungen und strukturelle Eingriffe, Befürworter unterstreichen dagegen gerade die wachsende Wettbewerbsfähigkeit durch eine ökologische Modernisierung. Entsprechend wurde auch dieser Themenbereich abgefragt.

Immerhin 30 % stimmen voll und ganz und weitere 52 % eher zu, dass sich eine konsequente Politik zum Schutz der Umwelt zukünftig positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirken wird. Es soll-

Abbildung 10
Auswirkung von Umweltpolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft



» Eine konsequente Politik zum Schutz der Umwelt wird sich zukünftig positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirken. «
»stimme voll und ganz / eher zu«

- überdurchschnittlich (5%-Punkte und mehr über dem Durchschnitt)
- unterdurchschnittlich (5%-Punkte und mehr unter dem Durchschnitt)
- durchschnittlich
- nicht befragt

Basis: 22.823 Fälle, Gesamtstichprobe; Angaben in %; Hier sehen Sie einige Aussagen zum Thema Umwelt- und Klimaschutz. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Antwortkategorien »stimme voll und ganz / eher zu« (Darstellung der häufigsten Nennungen)

te nicht überraschen, dass diese Werte in Deutschland und der Tschechischen Republik am niedrigsten ausfallen – zwei Länder, deren Industrien angesichts der Energiepreiskrise unter massiven Druck geraten sind.

85 % stimmen zudem der Aussage zu, die Wirtschaft müsse klimafreundlicher werden, da sonst wirtschaftliche Schäden drohten. Am größten ist die Zustimmung im Süden, namentlich in der Türkei, in Portugal, Italien und Griechenland. Die niedrigsten Werte weisen die Tschechische Republik sowie Deutschland und die USA auf. Insgesamt machen diese hohen Werte aber deutlich, dass diese Erzählung einer klimagerechten klimafreundlichen Wirtschaftspolitik in der Bevölkerung stark anschlussfähig ist.

Allerdings sagen 52 % der Befragten auch, Unternehmen, die für ihre Produktion sehr viel Energie benötigen, können strenge Vorgaben zum Klimaschutz nicht umsetzen. Am höchsten sind diese Werte in der Tschechischen Republik, der Türkei und Ungarn, am niedrigsten in Dänemark, Kanada und Spanien sowie Portugal und Italien. Hier muss offenkundig noch deutlicher aufgezeigt werden, wie man sich gangbare Lösungen für diese Industriezweige praktisch vorstellt.

67 % geben an, dass die Politik zu sehr den Vorgaben aus Industrie und Wirtschaft folgt. **83 % meinen, die Politik müsste viel stärkeren Druck auf die Wirtschaft ausüben, um eine klimaverträgliche Produktionsweise zu erreichen (37 % stimmen voll und ganz zu, 46 % stimmen eher zu).** Dieser Wert ist in Deutschland (72 %), der Tschechischen Republik und den USA (jeweils 75 %) am niedrigsten. Am höchsten ist die Zustimmung in Italien (88 %) und Portugal (93 %). Getrieben wird der Trend mit Werten deutlich über dem Durchschnitt vom Milieu der *Intellectuals* (93 %) und *Progressive Realists* (92 %). Währenddessen sind *Consumer Materialists* (75 %) und *Sensation Oriented* (78 %) einig skeptischer. Aber der Gesamttrend über alle Milieus ist hier dennoch deutlich.

Hier sind sowohl Politik als auch Wirtschaft offenkundig in der Pflicht, die eigenen Transformationsbemühungen glaubhafter darzustellen und mögliche Hürden eingängig zu erläutern – sonst bleibt schnell in erster Linie der Verdacht des Lobbyismus hängen, der neben den Auswirkungen auf die demokratische Überzeugung auch die Bereitschaft der Bevölkerung zu eigenen Bemühungen untergraben könnte. Hier kommt auch den Gewerkschaften mit ihrer verbindenden Funktion zwischen Wirtschaft und Gesellschaft eine zentrale Rolle zu. Einerseits ist es wichtig, die Bedeutung einer starken Wirtschaft für Beschäftigung und Wohlstand auch öffentlich zu unterstreichen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass unterstützende Maßnahmen nicht in erster Linie zu unerwünschten Zusatzproften führen, sondern den Zielen der Klimaneutralität und der sozialen Gerechtigkeit dienen.

85 % stimmen zu, dass die Wirtschaft klare Vorgaben von Seiten des Staates braucht, um klimaneutral zu werden. Am höchsten ist der Wert in der Türkei, Kroatien und Serbien, am niedrigsten in der Tschechischen Republik, den USA und

Deutschland. **Hier sind also auch die Rahmenbedingungen und die Planbarkeit angesprochen – ein Feld, auf dem derzeit verbreitet große Unklarheit herrscht.**

ARBEITSMARKT UND INDUSTRIE – FÖRDERN UND EINFORDERN

Aus den Umfrageergebnissen lässt sich ein Appell für eine ambitionierte und konsequente Industrie- und Strukturpolitik ablesen, die mit den nötigen Investitionen unterlegt ist und angemessene Rahmenbedingungen bietet. 85 % stimmen der Aussage zu, bei der Umstellung der Strom- und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien, wie Sonne und Wind sollten in betroffenen Regionen und Gemeinden (z. B. Kohlebau-, Erdgas-, Erdölregionen) aktiv neue Industrien angesiedelt werden; in Süd- und Osteuropa bejahen dies sogar über 90 %.

Falls es für die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitsplätze keine passenden Alternativen gibt, sollten diese möglichst lange erhalten werden, finden 76 % (22 % voll und ganz). Am höchsten sind diese Werte in Südeuropa und Frankreich, am niedrigsten in Schweden, Dänemark, Kanada, der Tschechischen Republik und Rumänien. Unter den Milieus haben die *Adaptive Navigators* mit 82 % die höchsten Zustimmungswerten. Alle anderen Milieus sind mit ihrer Zustimmung deutlicher näher am Durchschnitt. Allerdings sagen auch 61 %, dass Maßnahmen zum Strukturwandel auch dann durchgesetzt werden sollten, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen (17 % stimmen voll und ganz zu). Am niedrigsten ist die Zustimmung dafür in den Visegrad-Staaten und Griechenland, am höchsten in der Türkei, Großbritannien und den USA.

Diese auf den ersten Blick widersprüchlichen Ergebnisse machen deutlich, dass Menschen sich nicht generell dem Strukturwandel verschließen, dass allerdings die Sorge um den Arbeitsplatz als weitaus konkreteres Ereignis im Vordergrund steht. Dass beim Erhalt der Arbeitsplätze Schweden und Dänemark die niedrigsten Werte aufweisen, kann nicht überraschen. **Dort stehen die Arbeitnehmenden im Vordergrund, nicht aber der Job als solcher.** Es gilt als normal, den Job zu wechseln; dafür gibt es umfangreiche Unterstützung bei der Umschulung. Hier dürfte gleichzeitig ein Schlüssel für diese sensiblen Fragen der ökologischen Modernisierung liegen: **es braucht erkennbare zukunftsfähige lokale Perspektiven und Vertrauen in angemessene soziale Absicherung, dann verliert die Umstrukturierung der Wirtschaft ihren Schrecken.**

94 % der Befragten befürworten es, dass bei der Umstellung der Strom- und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien, wie Sonne, Wind etc. betroffene Arbeitnehmende (z. B. bei Arbeitsplatzverlust) bei der Umschulung hin zu alternativen Jobs unterstützt werden. Am höchsten ist die Zustimmung in Ungarn (94 %), am niedrigsten in den USA (80 %). Allerdings sind auch hier die Milieuunterschiede erheblich. Am skeptischsten sind die Milieus der *Adaptive Navigators* (nur 33 % stimmen voll zu) sowie der *Sensation Oriented* (39 %). Unter den *Intellectuals* stimmen dagegen

67 % voll zu. 9 von 10 Befragten stimmen zu, dass bei der Umstellung der Strom- und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien, wie Sonne oder Wind betroffene Arbeitnehmer*innen (z.B. bei Arbeitsplatzverlust) finanzielle Unterstützung wie Ausgleichszahlungen, Abfindungen oder ähnliches erhalten sollten. Voll und ganz äußern dies 45 %, wobei die Werte in Südosteuropa höher sind. Milieuspezifisch weisen die *Adaptive Navigators* mit 37 % den niedrigsten Wert auf. Der Einbezug der Arbeitnehmerschaft in die praktische Ausgestaltung des Strukturwandels, ambitionierte Programme der Aus- und Weiterbildung sowie die soziale Absicherung betroffener Arbeiterinnen und Arbeiter sind entsprechend für die gesellschaftliche Akzeptanz von immenser Bedeutung.

VORBILDER MOTIVIEREN, VERBOTE SCHRECKEN AB

Während finanzielle Förderung oder Kompensation, sei es für Einzelpersonen oder Unternehmen, auf großen Zuspruch stoßen, erfreuen sich Verbote oder höhere Preise nur geringer Beliebtheit. Exemplarisch danach gefragt, wie die Wärmewende vonstattengehen sollte, sehen **lediglich 8 % Verbote und 6 % höhere Preise als das geeignetste Mittel im Kampf gegen den Klimawandel. Ohnehin stimmen fast drei Viertel der Befragten der Aussage zu, es ärgere sie, wenn andere ihnen vorschreiben wollen, wie sie leben sollten. Diese Art der empfundenen Bevormundung ist mit 73 % die wichtigste Barriere für klimabewusstes Verhalten** (siehe Abbildung 7). Die Ablehnung ist in den Visegrad-Staaten sowie in Serbien und Kroatien am höchsten; am niedrigsten ist sie in Griechenland, Rumänien, Kanada und Portugal. Am seltensten treffen diese Aussage die Befragten im Milieu der *Intellectuals* (54 % erweiterte Zustimmung), am häufigsten im Milieu der *Consumer Materialists* (82 %).

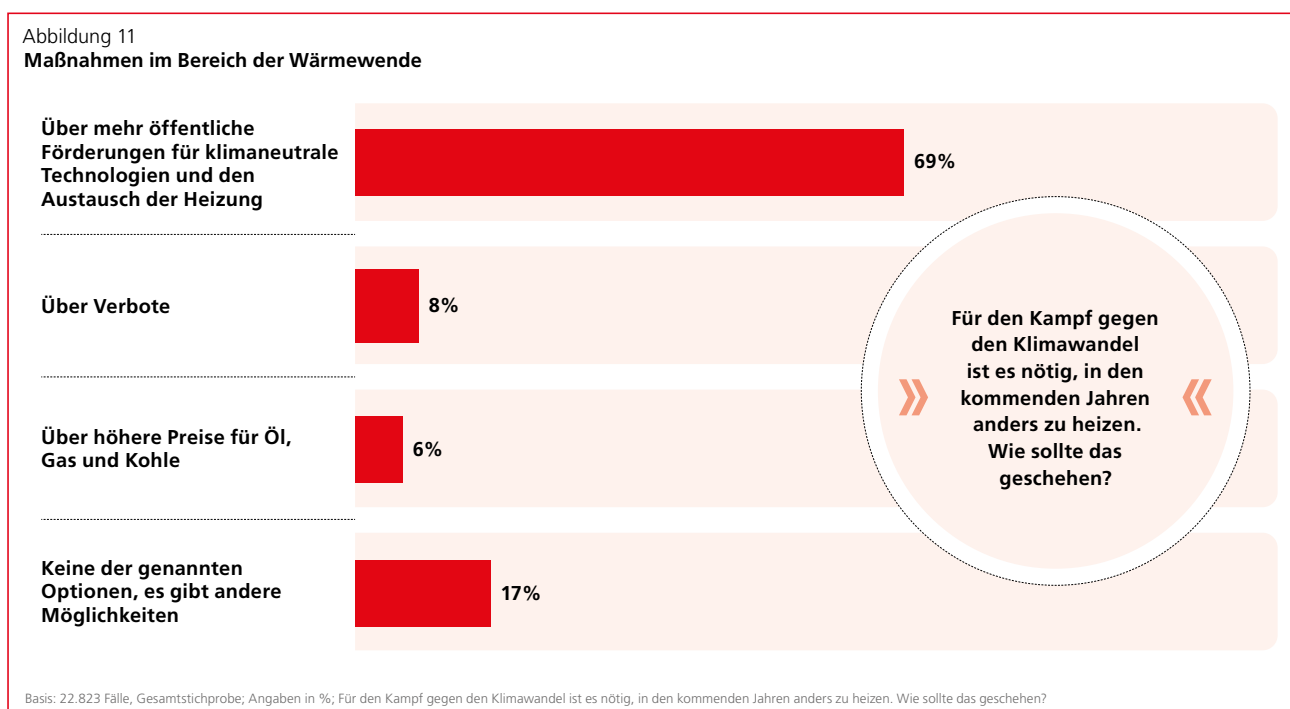
Deutlich motivierender für klimafreundlicheres Verhalten scheint das zu sein, was andere tun. Fast vier von Fünf Befragten stimmen der Aussage zu, sie wären bereit, mehr für den Schutz der Umwelt zu tun, wenn alle so handeln würden. Am höchsten ist dieser Wert in der Türkei (90 %), am niedrigsten in Deutschland und Dänemark (70 %), gefolgt von Griechenland und den USA (71 %). Interessanterweise liegen die Werte zwischen den Milieus hier nicht weit auseinander. Eine überdurchschnittliche Abweichung von mehr als 5 % gibt es lediglich im Milieu der *Established* mit 85 %. Dies deckt sich mit Erkenntnissen aus der Kommunikationsforschung, wonach positive Beispiele weitaus besser wirken als schlichte Verbote oder moralische Appelle⁵. Die Umfrageergebnisse sprechen die gleiche Sprache.

WER IST IN DER PFLICHT? REGIERUNGEN UND UNTERNEHMEN IM FOKUS

Auch nach dem Auftrag beziehungsweise der tatsächlichen Performance einschlägiger Akteure im Bereich Klimapolitik wurde gefragt, so etwa der EU, der nationalen Regierungen oder der Wirtschaft. Bei der Verantwortungszuschreibung, welche Akteure zu viel oder zu wenig tun, um den Klimawandel zu bewältigen, scheidet die EU vergleichsweise gut ab. Knapp die Hälfte der Befragten insgesamt findet, die EU mache (viel) zu wenig. Am kritischsten wird die Rolle der EU in Serbien (71 %), Kroatien (68 %) und Frankreich (66 %) gesehen.

Gleichzeitig geht es auch darum, wie die EU Klimapolitik macht. So äußern 69 %, dass es sie ärgert, dass die Klima-

⁵ Vgl. Endres, A. (2023): Kommunalen Klimaschutz zwischen Populismus, Polarisierung und Parteienstreit – ein Praxisbericht. <https://www.klimafakten.de/kommunikation/kommunaler-klimaschutz-zwischen-populismus-polarisierung-und-parteienstreit-ein>



politik von der EU gesteuert wird, denn dadurch werden die Besonderheiten ihres Landes nicht ausreichend berücksichtigt (30 % stimmen voll und ganz zu). Am höchsten sind diese Werte in Griechenland (82 %), Serbien (78 %), der Tschechischen Republik und der Slowakei (beide 77 %), am niedrigsten in Ungarn (56 %). Diese EU-Wahrnehmung ist in den Milieus des unteren und mittleren sozialen Status überdurchschnittlich (mit Ausnahme der *Progressive Realists*), bei den *Intellectuals* stark unterdurchschnittlich.

Schlechter als die Europäische Union schneiden insgesamt politische Parteien (74 %), nationale Regierungen (71 %) und Unternehmen beziehungsweise die Wirtschaft (70 %) in ihrem aktuellen Einwirken auf die Klimakrise ab. So sind 74 % der Befragten der Meinung, dass politische Parteien zu wenig oder viel zu wenig zur Bewältigung des Klimawandels tun. Am höchsten ist dieser Wert in Serbien (91 %), Kroatien (88 %), Portugal (84 %) sowie Italien und Rumänien (je 83 %). Am niedrigsten liegt der Wert in den USA (58 %) und Deutschland (59 %). Lediglich 9 % meinen durchschnittlich, dass die Parteien in ihrem Land viel zu viel oder zu viel machen.

63 % der Befragten konstatieren, dass Gewerkschaften zu wenig oder viel zu wenig machen, um den Klimawandel zu bewältigen. Am höchsten liegt dieser Wert in Serbien (86 %), Kroatien (81 %), Rumänien (75 %), Italien (74 %) und Portugal (73 %). Vergleichsweise niedrig ist er in den USA (44 %), Dänemark (48 %) sowie Deutschland, der Tschechischen Republik und Schweden (je 49 %).

Gleichzeitig werden Regierungen mit 54 % mit Abstand als die Akteure benannt, die am meisten zur Be-

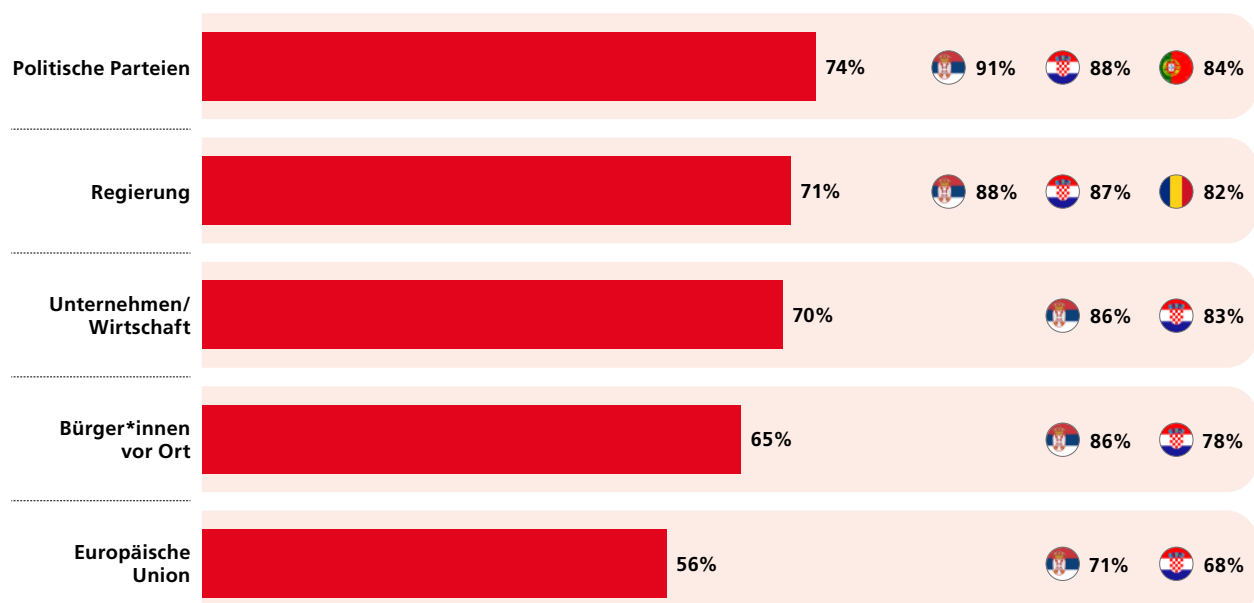
wältigung der Klima- und Umweltkrise beitragen können (es waren bis zu drei Nennungen möglich). Signifikant niedriger ist dieser Wert in Frankreich (29 %), der Tschechischen Republik (34 %) sowie Polen (44 %); signifikant höher in Großbritannien (70 %), Portugal (65 %) sowie Serbien (64 %). Andere Erstplatzierte als die Regierungen gibt es lediglich in Deutschland (Wirtschaft/Unternehmen); Frankreich und Polen (Bürger*innen vor Ort) sowie der Tschechischen Republik (Wissenschaft).

Mit weitem Abstand folgen bei den potentiell wirkmächtigsten Akteuren Unternehmen (36 %), Bürgerinnen und Bürger vor Ort (34 %) sowie die Europäische Union (33 %). Während in Deutschland 52 % die Wirtschaft benennen, gefolgt von Dänemark (44 %), Großbritannien und Ungarn (beide 43 %), sind es in Frankreich am anderen Ende des Rankings nur 18 %, gefolgt von Rumänien mit 20 %. Bürger*innen vor Ort liegen in Polen (47 %), Kroatien (41 %), Frankreich und Spanien (jeweils 39 %) signifikant über dem Durchschnitt, in Schweden (22 %), Dänemark (24 %), Ungarn (27 %) und Großbritannien (28 %) signifikant darunter. Ein Viertel der Befragten benennt lokale Regierungen am Wohnort, am höchsten in Serbien (35 %), Kroatien (34 %) und Rumänien (30 %), am niedrigsten in Dänemark (15 %), Deutschland (17 %), Ungarn, Italien (beide 18 %) sowie Spanien, Schweden und Tschechische Republik (jeweils 20 %).

Deutschland hat hier mit Abstand den niedrigsten Wert bei Nichtregierungsinstitutionen. Nur 6 % zählen diese dort zu den drei einflussreichsten Akteuren bei der Bewältigung der Krise. In Frankreich sagt das dagegen fast jede*r Dritte. Dafür schneiden dort politische Parteien am schlechtesten ab; nur 8 % zählen sie zu den drei einflussreichsten Akteuren.

Abbildung 12

Verantwortungszuschreibung: Welche Akteure machen zu wenig, um den Klimawandel zu bewältigen?



 in diesen Ländern überdurchschnittlich häufig genannt

Basis: 22.823 Fälle, Gesamtstichprobe; Angaben in %; Was denken Sie: Machen die folgenden Akteure zu viel oder zu wenig, um den Klimawandel zu bewältigen? EU wurde nicht in Kanada und USA abgefragt. Antwortmöglichkeiten »viel zu wenig« und »zu wenig«

Nur in Rumänien sieht es ähnlich schlecht aus. Nur 4 % der Befragten insgesamt zählen Gewerkschaften zu den drei Akteuren, die am meisten gegen den Klimawandel tun können. Bei den Verantwortungszuschreibungen gibt es anders als bei den meisten übrigen Fragen kaum nennenswerte Abweichungen zwischen den Milieus.

DABEI SEIN IST ALLES – DIE MENSCHEN WOLLEN SICH BETEILIGEN UND BETEILIGT WERDEN

Die direkte Beteiligung der Bevölkerung am klimaneutralen Umbau, sei es im Betrieb oder bei der lokalen Energieerzeugung, gilt gemeinhin als wichtige Voraussetzung für eine breite gesellschaftliche Zustimmung. Auch danach haben wir entsprechend gefragt. Tatsächlich ist die Zustimmung bei Fragen, in denen es um die Mitgestaltung geht, hoch. **88 % äußern, dass sich bei der Umstellung der Strom- und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien, wie Sonne oder Wind Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen und politischen Leben (z. B. in Bürgerforen oder Planungsbeiräten) beteiligen sollten, um das Gemeinwesen mitzugestalten.** Signifikant niedriger, aber dennoch auf hohem Niveau, sind diese Werte in der Tschechischen Republik (79 %), Dänemark (80 %), Schweden (81 %) und Deutschland (83 %). Im Milieu der *Adaptive Navigators* stimmen allerdings nur 28 % voll und ganz zu (der Durchschnitt liegt bei 37 %).

Knapp zwei Drittel der Befragten können sich vorstellen, sich aktiv an der Gestaltung der Energieversorgung in ihrer Gemeinde zu beteiligen. Diese Werte sind in Südosteuropa und Portugal am höchsten (Spitzenreiter ist die Türkei mit 90 %); in der Tschechischen Republik (46 %) und Dänemark (48 %) am niedrigsten, gefolgt von Großbritannien (50 %) und Deutschland (55 %). Allerdings sind auch hier die Milieunterschiede beträchtlich. Ein hoher sozialer Status korreliert mit einer wesentlich höheren Zustimmung.

75 % der Befragten könnten sich vorstellen, ihre eigene Energie zu erzeugen, weitere 7 % tun dies bereits. Am höchsten sind diese Werte wiederum in Südosteuropa und Portugal, am niedrigsten in Polen, Großbritannien, Nordamerika, Frankreich und Deutschland. Auch hier steigt die Zustimmung mit höherem sozialem Status der Milieus; den höchsten Wert weisen allerdings die *Progressive Realists* (85 %) auf.

64 % würden den Bau eines Solarparks in ihrer Gemeinde positiv bewerten, wenn die Gewinne, die dadurch entstehen, der Gemeinde zugutekommen. Diese Werte sind in den Balkanländern am höchsten (73–76 %), in der Tschechischen Republik (45 %) und Frankreich (51 %) am niedrigsten. Weitere 31 % würden es akzeptieren. Abgelehnt wird ein solcher Bau unter lokaler Gewinnbeteiligung nur von 5 %; nur in der Tschechischen Republik und den USA ist dieser Wert immerhin zweistellig. Windparks haben es schwerer. Aber auch hier würde noch eine Mehrheit von 53 % aller Befragten den Bau in ihrer Gemeinde begrüßen,

wenn diese an den Gewinnen beteiligt würde. In Frankreich liegt dieser Wert bei nur 29 %. Auch in der Tschechischen Republik, Schweden, Nordamerika und Deutschland findet sich keine entsprechende Mehrheit. Ein Drittel der Befragten in Frankreich lehnt den Bau selbst unter Gewinnbeteiligung ab (bei insgesamt nur 12 %, die dies im Durchschnitt aller Länder angeben).

VERFANGEN DIE ERZÄHLUNGEN DER GENERATIONENGERECHTIGKEIT UND DER GLOBALEN VERANTWORTUNG?

Dass die **Industrieländer in besonderer Verantwortung für den Klimaschutz** sind, weil sie den Klimawandel maßgeblich verursacht haben, befürworten 87 % der Befragten. Den niedrigsten Wert weisen die USA auf (79 %); gefolgt von der Tschechischen Republik (81 %) sowie Deutschland, Kanada und Großbritannien mit 82 %. Hier sind die Unterschiede zwischen den Milieus vergleichsweise gering.

Der Aussage, **um für uns und die nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten, müssen wir alle selbst aktiv werden** und anfangen, unsere Lebensweise zu verändern, stimmt jede*r Zweite voll und ganz und weitere 41 % eher zu. Die niedrigsten Werte weisen hier Deutschland, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Dänemark und UK auf, die höchsten Serbien, Portugal und Griechenland. Signifikanter als die Länderunterschiede sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Milieus mit fast 40 Prozentpunkten zwischen *Intellectuals* (74 % volle Zustimmung) und *Adaptive Navigators* (34 %). Auch die Milieus *Consumer Materialists*, *Sensation Oriented* und *Convention Mainstream* bleiben unter 45 %.

Immerhin jede*r Vierte stimmt aber gleichzeitig der Aussage zu nicht einzusehen, das eigene Verhalten heute zu verändern für etwas, das eventuell in der Zukunft passiert. Der Appell der Generationengerechtigkeit wird bei diesen Zweifelnden ebenso wenig fruchten wie der Verweis auf wissenschaftliche Studien. Die Milieunterschiede sind hier erheblich; das Milieu der *Sensation Oriented* kommt auf 46 %, die *Adaptive Navigators* auf 40 % und das Milieu der *Intellectuals* am anderen Ende der Skala auf 6 %.

Hier wird deutlich, dass es kein Selbstläufer ist, die nicht bereits Überzeugten mit den gängigen Narrativen zu überzeugen. Entsprechend müssten Zukunftserzählungen zum klimapolitischen Umbau stärker auf die Lebenswelten dieser Milieus abgestellt werden.

II

RÜCKSCHLÜSSE FÜR DIE KLIMANEUTRALE REFORMAGENDA UND DIE ÖFFENTLICHE KOMMUNIKATION

Bei aller Anerkennung der Dringlichkeit des Klimawandels durch einen Großteil der Bevölkerung ruft die praktische Umsetzung des sozial-ökologischen Wandels eine Vielzahl an Emotionen, Zweifeln und Protesten hervor. Die Bandbreite reicht hier von einem generellen Unbehagen gegenüber Veränderungen, über Befürchtungen zunehmender Bevormundung und persönlicher finanzieller Bürden sowie Sorgen vor volkswirtschaftlichen Schäden und sozialen Verwerfungen, bis hin zu grundsätzlichen Zweifeln an der Machbarkeit des klimaneutralen Umbaus und wachsenden Zukunftsängsten.

Wie sollten Politik und Öffentlichkeit darauf reagieren?

DEN WANDEL SOZIAL GERECHT GESTALTEN

Die ökologische Frage wird in einigen Milieus wie geschildert als Bedrohung des erreichten Lebensstandards empfunden. Bei vielen Menschen macht sich generell derzeit ein Krisengefühl breit, da die Zukunft immer weniger planbar scheint; der klimaneutrale Umbau zahlt hier ebenfalls ein. Verbunden ist dieses Gefühl mit der Sorge um den Verlust tradierter Lebensformen und der Befürchtung, den eigenen hart erarbeiteten Wohlstand nicht halten zu können. Die Befürchtung ist groß, nachher schlechter dazustehen als zuvor. Daher erzeugt die Vorstellung eines grundlegenden Wandels der Wirtschafts- und Lebensweisen wachsende Abstiegsängste.

Der Kostenfrage lässt sich entsprechend nicht entgehen, will man skeptische bis ablehnende Gruppen einbeziehen beziehungsweise mindestens aber ihre Strahlkraft in die Mitte der Gesellschaft hinein begrenzen. Hier geht es im Übrigen keineswegs nur um die Milieus des unteren sozialen Status; auch in den mittleren sozialen Milieus wird der Umbau verbreitet als Bedrohung des erreichten Lebensstandards empfunden. Dies gilt umso mehr, wo sich Ungleichheiten beziehungsweise ungünstige Rahmenbedingungen ballen; wer etwa im ländlichen Raum als Gering- oder Durchschnittsverdiener*innen in schlecht gedämmten Häusern mit Öl- oder Gasheizung wohnt, für jene wird die Kostenfrage schnell essentiell. Entsprechend nehmen hier die Widerstände zu, was populistische Kräfte ausnutzen können.

An der Frage der gerechten Verteilung von Lasten und Kosten des Umbaus führt kein Weg vorbei. Die

Ausgestaltung einer sozial gerechten Klimapolitik ist zentral, um soziale Barrieren zu überwinden und gesellschaftliche Konflikte gering zu halten.

Ebenso wichtig ist die differenzierte Einforderung persönlicher Anstrengungen. Hier sei nochmals darauf verwiesen, dass die gutsituierten Milieus in aller Regel deutlich mehr Emissionen verursachen. Dieser Umstand ist den Milieus des niedrigeren sozialen Status überaus bewusst. Ansetzen lässt sich hier etwa mit einer Klimaabgabe für Vielflieger. Auch sollte der Ausbau erneuerbarer Energien ebenso in urbanen Regionen vorangetrieben werden, um dem Eindruck vorzubeugen, der ländliche Raum müsse einseitig die Folgen und Kosten der Energiewende schultern.

DAS GEMEINWOHL, DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT UND DIE LEBENSQUALITÄT FÖRDERN

Das dominante klimapolitische Narrativ zielt darauf ab, dass die Emissionen gesenkt werden müssen, weil sonst die Welt immer stärker gefährdet wird. In der Praxis wird in der Folge Klimapolitik in erster Linie mit Verzicht und dem Verlust der gewohnten, als positiv wahrgenommenen Lebensformen verbunden. Dieses Narrativ ist riskant, fördert es doch Ängste und Widerstände. **Dem kann Politik nur begegnen, indem sie die sozialen Vorteile eines sozial-ökologischen Umbaus und die positiven Folgen für das Gemeinwohl herausstellt.** Es braucht eine Erzählung von den Vorteilen der klimaneutralen Gesellschaft.⁶ Ansätze dafür lassen sich auch milieuspezifisch herausarbeiten: saubere, grüne und belebtere Innenstädte; höhere Lebensqualität durch weniger Verkehr, bessere Gesundheit durch weniger Luftverschmutzung; mehr Infrastruktur für eine Mobilität etwa älterer Menschen; bessere Qualität lokal produzierter Lebensmittel; intakte Natur zur Naherholung und als Kulturgut und als Möglichkeit zur Identifikation mit der Heimat; innerstädtische Grünflächen als Beitrag zur Klimaanpassung und Aufwertung der städtischen Immobilien und so weiter. **Klimapolitische Maßnahmen werden zudem dann auch von skeptischeren Milieus unterstützt, wenn sie mit dem Leben in einer modernen Konsumgesellschaft vereinbar sind und einen unmittelbaren**

⁶ Reusswig, F. / Schleer, C. (2021) S. 60.

persönlichen Zusatznutzen bieten. Wenn Nachhaltigkeit ohne Aufpreis möglich ist und die eigene Lebensqualität erhöht statt sie einzuschränken, sind auch diese Milieus empfänglich. Positiv wirkt es sich außerdem aus, wenn mit diesen neuen Produkten Prestigegewinn verbunden ist, etwa bei ökologischen High-Tech-Produkten und nachhaltigem Schmuck.

Eine solche Herangehensweise lässt durchaus auch Raum für individuelle Besserstellungen. Die Milieus niedrigeren sozialen Status orientieren sich generell stark an der Frage, was ihnen selbst konkrete Maßnahmen bringen. Wirkungsvolle Argumente etwa für energiesparendes Verhalten oder die Anschaffung umweltfreundlicher Geräte sind Kostenersparnis, Modernität und Effizienz (beispielsweise niedrigere Nebenkosten durch Wärmedämmung). Dies gilt umso mehr, wenn finanzielle Investitionen sich schon nach kurzer Zeit rentieren. Wahrnehmungen der Unvereinbarkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Ziele (z. B. »Klimaschutz führt zu wirtschaftlichen Schäden und gefährdet Arbeitsplätze«) und Zweifel an der Umsetzbarkeit konkreter geplanter Maßnahmen müssen verringert werden. Neben den Gemeinwohlaspekten ist für die skeptischeren Milieus außerdem auch ein unmittelbarer persönlicher Zusatznutzen zentral.⁷

BÜRGERINNEN UND BÜRGER AKTIV BETEILIGEN, ELITENWAHRNEHMUNG ABBAUEN

Materielle Fragen sind zentral – ausschließlich entscheidend über Akzeptanz und Blockade von Klimamaßnahmen sind sie aber keineswegs. Es geht bei der Debatte um den sozial-ökologischen Umbau sehr stark auch um die Anerkennung unterschiedlicher Lebensstile sowie ein ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein, wenn der eigenen Leistung gefühltermaßen die Anerkennung versagt wird. Von den sogenannten Bildungseliten eingeforderte und vorangetriebene kulturelle Veränderungen werden von anderen Milieus häufig als übergriffig wahrgenommen. Zudem haben viele Menschen das Gefühl, die eigenen Lebenserfahrungen und alltäglichen Herausforderungen würden schlicht ignoriert. **Wut und Veränderungserschöpfung werden durch die sozial niedrigeren Milieus deutlich stärker empfunden. Das muss politisch adressiert werden: Chancen und Gewinne der ökologischen Modernisierung müssen so verteilt werden, dass sie Mehrheiten erreichen können.**⁸ Dies gelingt über einen Ausbau der Möglichkeiten zur Mitsprache beziehungsweise Mitwirkung – etwa über Bürgergeräte oder Transformationsräte auf betrieblicher Ebene sowie eine Beteiligung an der Wertschöpfung etwa bei Energieparks oder durch Genossenschaftsmodelle.

Werden Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen über die Ausgestaltung klimapolitischer Maßnahmen beteiligt

und haben sie die Möglichkeit, Veränderungsprozesse mitzugestalten, dann erhöht das die Akzeptanz für den Klimaschutz ebenso wie das Vertrauen in das politische System. Hier gilt: der Weg ist das Ziel. Durch die grundsätzliche Möglichkeit, die eigene Meinung einzubringen, werden Entscheidungen oft auch dann mitgetragen, wenn am Ende die eigenen Interessen nicht vollständig befriedigt wurden. Zwar möchte nicht jede*r tatsächlich in einem Bürgerrat oder einer Genossenschaft aktiv werden – doch die schiere Möglichkeit einer solchen Mitsprache gibt das berechtigte Gefühl, dass die eigenen Interessen nicht schlicht ignoriert werden.

Lösungen liegen entsprechend häufig auf der lokalen Ebene. Die auf Erneuerbaren beruhende Stromversorgung ist wesentlich dezentraler und kleinteiliger als eine fossile. Das macht sie unabhängiger und bringt sie in die Fläche. Das ermöglicht beziehungsweise erfordert aber auch den Einbezug vieler Einzelner in die Erzeugung und smarte Nutzung von Strom. Bürgerinnen und Bürger können etwa selbst Strom erzeugen, sei es auf dem eigenen Hausdach oder durch die Mitgliedschaft in einer Energiegenossenschaft oder Bürgerenergiegemeinschaft. Die Einnahmen können lokal eingesetzt oder an die Mitglieder ausgeschüttet werden.

Diese eigene Beteiligung schafft praktische Lösungen; sie ist zudem ein kraftvolles Bild der demokratischen Beteiligung der Bevölkerung. Die Rolle progressiver Akteure ist es, dafür zu sorgen, dass solche Modelle auch finanzschwächeren Bevölkerungsgruppen offenstehen und nicht nur in der oberen Mittelschicht feststecken. Gerade für die Milieus des unteren sozialen Status braucht es Angebote, die soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und die Möglichkeit zum Einsatz der eigenen Fähigkeiten wirkungsvoll verbinden. Typisch für das Milieu der *Sensation Oriented* etwa ist eine gewisse Macher-Mentalität. Fühlen sie sich unmittelbar betroffen, wollen sie mitreden und beteiligt werden und sich darüber auch profilieren. Viele könnten sich etwa vorstellen, sich aktiv an der Energieversorgung ihrer Gemeinde zu beteiligen, z. B. durch die Mitgliedschaft in einer Energiegenossenschaft – vorausgesetzt, man trifft dort (auch) auf Gleichgesinnte und fühlt sich willkommen und akzeptiert. Es geht hier ums praktische Anpacken statt realitätsferner Diskussionen mit als abgehoben wahrgenommenen Eliten.

BESSER KOMMUNIZIEREN, POSITIVE EMOTIONEN WECKEN, SOZIALE NORMEN STÄRKEN

Die Ergebnisse unserer Mehrländerbefragung zeigen, dass sich viele Menschen mehr und vor allem verständlichere Informationen über klimapolitische Maßnahmen wünschen. **Eine klare, ehrliche und ansprechende Kommunikation ist unumgänglich für den Erfolg der klimaneutralen Reformagenda. Die Politik sollte dabei die Herausforderung des klimaneutralen Umbaus nicht kleinreden, sondern ehrlich Größe und Dauer der Aufgabe kommunizieren.** Dabei lässt sich nicht nur auf wissen-

⁷ Schleer, C. / Wisniewski, N. / Reusswig, F. (2024).

⁸ Mau, S. / Lux, T. / Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte, Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp Verlag.

schaftliche Erkenntnisse und statistische Daten setzen. Rechtspopulist*innen sprechen Emotionen an, das macht sie so erfolgreich. Die Emotionen der Bevölkerung müssen auch in der Klimakommunikation progressiver Parteien eine stärkere Rolle spielen. Hier geht es nicht darum, werbemäßig Emotionen zu kreieren; diese sind bereits im Spiel, als Ängste und Frustrationen, Ärger und Zweifel, sie müssen aufgegriffen werden. Die potentiellen Zielgruppen für progressive Parteien sind sehr groß – entsprechend groß ist auch das Feld der Gefühle. Man baut sie nicht ab, indem man ihnen die Daseinsberechtigung abspricht. Man baut sie ab, indem man praktische Auswege aufzeigt, die hoffnungsvoll stimmen, an denen jede*r beteiligt ist, auf die man stolz sein kann.

Sowohl Herausforderung als auch Lösung liegen vor der eigenen Haustür – und dort müssen sie auch gezeigt und besprochen werden. **Befragungen zeigen, dass viele Menschen ihre eigene klimabedingte Bereitschaft zur Veränderung recht hoch einschätzen, die ihrer Mitmenschen aber wesentlich geringer. Dieser vermutete Mangel an Initiative der Nachbarn hemmt in der Folge die eigenen Anstrengungen. Positive Beispiele aus der eigenen Region, der eigenen Industriesparte machen dagegen deutlich, dass etwas in Bewegung geraten ist.** Es baut das Gefühl der Hilflosigkeit ab, das bei vielen Menschen beim Thema Klimawandel häufig überwiegt.

Die Politik sollte nicht das Narrativ eines »radikalen« Wandels bemühen, da er angesichts des Wohlstandsniveaus in den Industrieländern Verlustängste erzeugt.

Zudem braucht es eine bessere, da verlässlichere Umsetzung in überschaubaren Schritten mit klaren Zielen und Zwischenschritten. Vorbehalte und Ängste in der Bevölkerung entstehen vor allem, wenn der Eindruck aufkommt, dass es an Konzepten zur Bewältigung der Probleme fehlt. Kommt dazu noch der Eindruck, Veränderungen erfolgten aufgrund erratischer Entscheidungen unter hohem Druck von außen beziehungsweise ohne eine fundierte Strategie, gewissermaßen also »von jetzt auf gleich« und scheinbar ohne Rücksicht auf die Anforderungen des Alltags, dann wachsen Beunruhigung und Widerstand. Um Informationsdefizite zu beseitigen und Verunsicherungen zu vermeiden, müssen klimapolitische Maßnahmen verständlich erklärt, Zwecke und Zielsetzungen vermittelt und sowohl Effekte als auch Erfolge aufgezeigt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger dürfen sich nicht als passives Opfer des ambitionierten klimaneutralen Umbaus sehen. Sie wollen zudem nicht belehrt werden; zielführender sind positive Beispiele aus der eigenen Vergleichsgruppe. Menschen mit übereinstimmenden Interessen, verwandten Einstellungen, ähnlichen Lebensumständen haben ihr Verhalten geändert und positive Ergebnisse daraus gezogen. Diese Botschaft ist wesentlich wirkmächtiger als der erhobene Zeigefinger. Appelle verschrecken; soziale Etikette dagegen verfängt. Der Mensch folgt gesellschaftlich anerkannten Normen, er will dazugehören.

DEN STRUKTURWANDEL DURCH AKTIVE INDUSTRIE- UND ARBEITSMARKTPOLITIK GESTALTEN

Insbesondere die Umfrageergebnisse im Bereich Wirtschaft und Jobs scheinen auf den ersten Blick regelrecht widersprüchlich. Einerseits überwiegt die Überzeugung, dass die Wirtschaft sich der ökologischen Modernisierung nicht verschließen kann, wenn sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten will und dass sie sogar profitieren wird. Gleichzeitig ist die Furcht vor den Auswirkungen steigender Energiepreise und ambitionierter Produktionsstandards auf die heimische Wirtschaft und insbesondere die Arbeitsplätze ebenfalls stark. **Hier wird deutlich, dass große Teile der Bevölkerung nicht dem Strukturwandel selbst, wohl aber seinen potentiellen negativen Begleiterscheinungen für die lokalen Unternehmen und den Arbeitsmarkt kritisch bis offen ablehnend gegenüberstehen.** Genauso wie die soziale Abfederung des Umbaus für private Haushalte unabdingbar für die gesellschaftliche Akzeptanz der Reformagenda ist, so führt auch an einer starken begleitenden Rolle des Staates für die Wirtschaft kein Weg vorbei. Hier geht es zum einen um verlässliche und mit zeitlichem Vorlauf geplante und kommunizierte wirtschaftliche Rahmenbedingungen; und zum anderen auch um die nötige finanzielle Absicherung und Anschubfinanzierung sowohl im Strukturwandel als auch bei der Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmenden. Gleichzeitig spielen hier bereits angeführte Aspekte wie eine klare Kommunikation sowie eine ausreichende Beteiligung der lokalen Bevölkerung sowie der Sozialpartner mit Unternehmen, Belegschaft und Gewerkschaften eine zentrale Rolle.

ANHANG: MILIEUGRUPPEN UND IHRE SPEZIFISCHEN BARRIEREN UND RESONANZPOTENTIALE

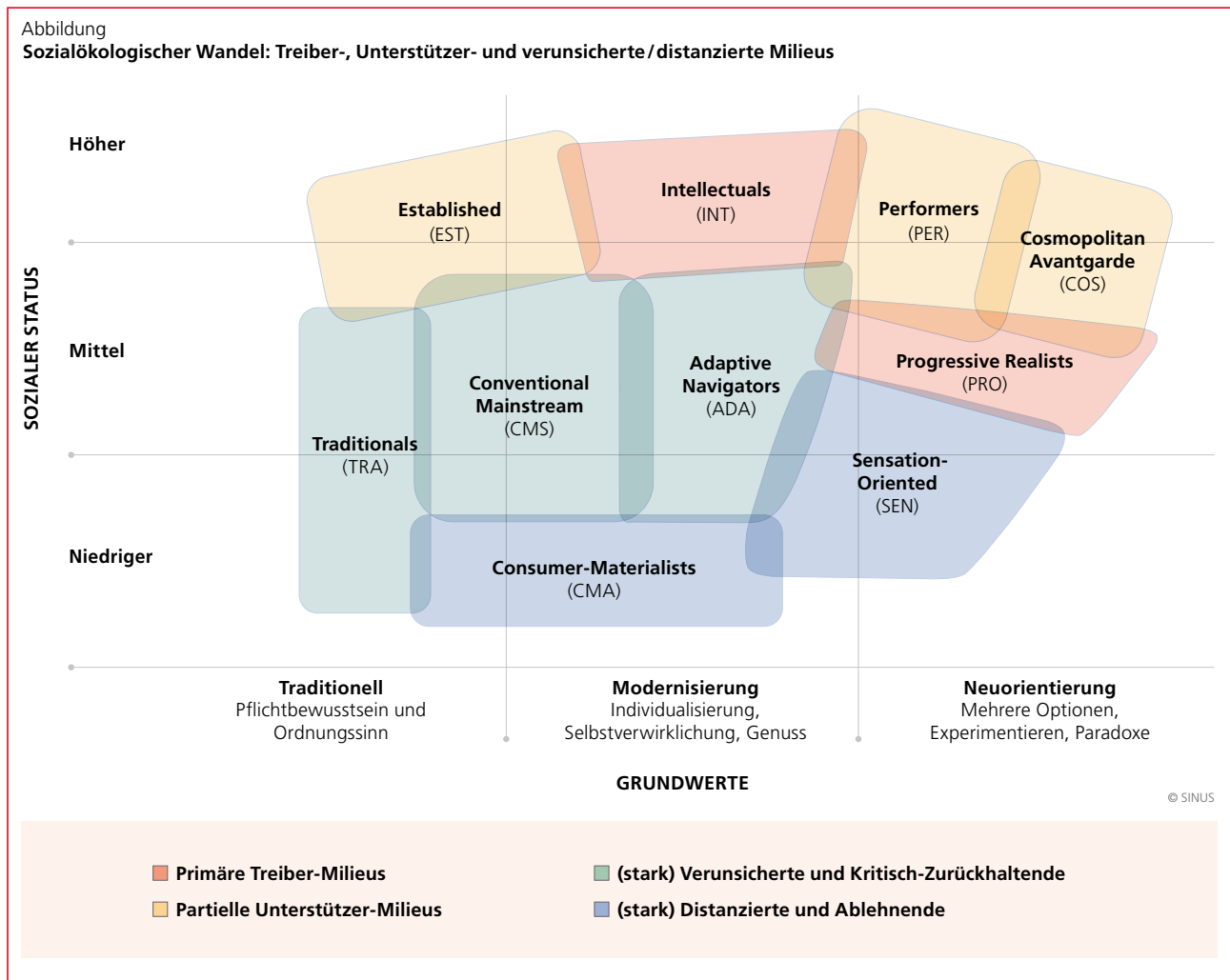
Die folgende Übersicht und Textpassagen stammen vollständig als Zusammenstellung direkter Zitate aus dem Abschlussbericht des SINUS-Instituts zur vorliegenden Bevölkerungsumfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.⁹

- Als **primäre Treiber-Milieus** können die Lebenswelten der postmateriell-geprägten *Intellectuals* und der sendungsbewussten *Progressive Realists* angesehen werden. Beide Milieus zeichnet eine besonders starke Sensibilisierung für die Risiken des Klimawandels aus. Die sozialökologische Transformation ist aus ihrer Sicht Grundvoraussetzung, um die Klimakrise zu bewältigen. Angesichts der drängenden Zeit fordern sie von der Politik, den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz konsequen-

ter voranzutreiben (besonders »lautstark« sind hier die *Progressive Realists*). Dabei spricht man sich ausdrücklich dafür aus, Kosten und Lasten des Wandels gerecht zu verteilen. Gleichzeitig zeigt man eine hohe Bereitschaft, den eigenen Lebensstil zugunsten der Umwelt nachhaltiger zu gestalten. Das schließt teils inkonsequentes Verhalten nicht aus, aber die Angehörigen dieser Milieus räumen Inkonsistenzen auch selbstkritisch ein – und sehen sie als Ansporn für weitere Verbesserungen.

- Als **partiell unterstütztes Milieu** kann die konservative Elite der *Established* betrachtet werden. Die Angehörigen dieses Milieus haben eine offene Haltung gegenüber notwendigen Veränderungen, befürchten aber wirtschaftliche Schäden bei allzu ambitionierten Klimaschutzvorgaben. Außerdem sind sie nur zögerlich

⁹ Schleer, C. / Wisniewski, N. / Reusswig, F. (2024). S. 6, 7 und 32, 33.



dazu bereit, den eigenen teils exklusiven Lebensstil (privilegierte Wohnverhältnisse, Fernreisen etc.) zu ändern. Auch die moderne Wirtschaftselite der *Performers* befürwortet das Ziel der Klimaneutralität. Allerdings ist man hier – gerade im Vergleich zu den Treiber-Milieus – weniger überzeugt, dass es strenger und konsequenter Gesetze bedarf, um Natur und Umwelt zu erhalten. Vielmehr setzt man auf Technik und Fortschritt – und auf die Freiwilligkeit von klimapolitischen Maßnahmen. Das Lifestyle-affine Milieu der *Cosmopolitan Avantgarde* ist zwar stark individualistisch und anti-ideologisch eingestellt, trotzdem kann es als Unterstützer-Milieu betrachtet werden – aufgrund seiner urbanen Weltoffenheit, seinem Interesse für grüne Trends (Vintage-Mode, Upcycling etc.) und seiner generellen Wertschätzung für Nachhaltigkeit, die ansatzweise auch in politische Positionierungen und berufliche Orientierungen übersetzt wird. Im Alltag wird nachhaltiges Verhalten vor allem dort unterstützt, wo ökologisches Umdenken eine Steigerung der Lebensqualität verspricht (z. B. nachhaltige Ernährung, umweltfreundliche Mobilität).

- Zu den **(stark) verunsicherten und kritisch-zurückhaltenden Milieus** zählen die stabilitätssuchende ältere Generation der *Traditionals*, der harmoniesuchende *Conventional Mainstream* und die junge moderne Mittelschicht der *Adaptive Navigators*. In diesen Milieus macht sich zunehmend Verunsicherung breit, angesichts der wahrgenommenen Krisenverdichtung und der damit einhergehenden als diffus erlebten Veränderungsappelle. Dass man sich grundsätzlich an veränderte Zeiten anpassen muss, mag hier unstrittig sein, aber das Bewusstsein für die Dringlichkeit der Klimaproblematik ist eher gering ausgeprägt. Zwar äußert man Angst vor den Folgen des Klimawandels, viele sind aber auch der Ansicht, dass es im eigenen Land wichtigere Probleme gibt (z. B. Altersvorsorge/Altersarmut, Inflation/sinkende Kaufkraft, faire und gut bezahlte Arbeitsplätze). Da man glaubt, nachher schlechter dazustehen als zuvor, erzeugt hier die Vorstellung einer »großen Transformation« wachsende Abstiegs- und Zukunftsängste. Von Politik und Staat ist man enttäuscht, sieht seine Interessen nicht mehr (ausreichend) vertreten und ärgert sich über »wohlhabende Eliten«, die im Zuge der Klimakrise anderen erklären wollen, wie man künftig leben soll.
- Während **die bürgerlichen Milieus** (*Conventional Mainstream, Adaptive Navigators*) und die *Traditionals* für das Anliegen Klimaneutralität durchaus sensibilisiert sind, verläuft hier die Grenze zu jenen Gruppen, die der ökologischen Frage (stark) distanziert bis ablehnend gegenüberstehen: Im materialistisch und unterhaltungsorientierten Milieu der *Sensation Oriented* sieht man die avisierte Klimaneutralität vor allem als Zumutung, die mit Verzicht, persönlichen Einschränkungen und einem Verlust an Lebensfreude verbunden ist. Die starke Gegenwartsorientierung steht den Prinzipien der Nachhaltigkeit entgegen. Auch die um Teilhabe bemühten *Consumer Materialists* betrachten den Klimawandel als

nachrangiges Problem. Viele leben in prekären Verhältnissen, fühlen sich abgehängt und sozial benachteiligt. Klimapolitische Maßnahmen werden als ungerecht wahrgenommen und als zusätzliche Bedrohung der eigenen sozialen Lage angesehen. Mithin fühlt man sich vom Staat im Stich gelassen und befürchtet, noch weiter den Anschluss zu verlieren.

Die hier vorgenommene Gruppierung nach dem Unterstützungsgrad des erforderlichen Wandels darf nicht verdecken, dass wir es in jedem einzelnen Milieu mit themen- und situationsspezifischen Zustimmungen und Ablehnungen zu tun haben, an denen angesetzt werden kann. Selbst Faktoren des Lebensstils und der Wertorientierung, die einer Transformation in Richtung Klimaneutralität zunächst entgegenstehen, können genutzt werden, um klimafreundliche Änderungen zu bewirken.

[...]

Die moderne Mitte der Gesellschaft erreichen

Menschen leben in sozialen Kollektiven, die ihre Einstellungen und Verhaltensweisen stark beeinflussen und verändern können: »Durch Abschauen und Vergleichen, durch Nachahmen und durch Identifizieren entwickeln Individuen bestimmte Verhaltensmuster, die eine persönliche Verbundenheit mit der Gemeinschaft ausdrücken. Dadurch entsteht eine Art »Wir-Gefühl«, ein Gefühl der Verpflichtung gegenüber gemeinschaftlich getragenen Werten.«¹⁰

Um soziale Veränderungsprozesse in Gang zu setzen, braucht es aber keine Mehrheiten in der Bevölkerung. Für den »Kippunkt« reicht eine engagierte große Teilgruppe, die glaubwürdig und vor allem sichtbar für die Veränderung eintritt.¹¹ **Demnach hängt der Erfolg der Transformation hin zu klimaneutralen Gesellschaften wesentlich davon ab, die Treiber- und Unterstützer-Milieus für konkrete klimapolitische Maßnahmen zu gewinnen.** In diesen Gruppen besteht in Grundsatzfragen zwar weitgehender Konsens, die Meinungen über Tempo und konkrete Maßnahmen können aber weit auseinandergehen [...]. Je nach (Interessen-) Lage wird Kritik geäußert, die etwa auf Defizite der Umsetzung und auf mangelnde Konsistenz abstellt (z. B. eine unzureichende Berücksichtigung von Naturschutzbelangen). Oft wird aber auch von sich aus etwas getan, z. B. durch persönliche, unternehmerische oder kommunale Initiativen. Besonders veränderungswillig sind die Treiber-Milieus der *Intellectuals* und *Progressive Realists*. Mit ihren Aktivitäten, im privaten wie öffentlichen Bereich, haben sie das Potential, Einfluss auf die Unterstützer-Milieus auszuüben, denn diese eint das Bestreben, in der Gesellschaft eine Vorreiterrolle zu übernehmen – die *Established* als verantwortungsbewusste

¹⁰ Schleer, C. (2014): Corporate Social Responsibility und die Kaufentscheidung der Konsumenten. Wann und warum berücksichtigen Konsumenten CSR-Kriterien bei ihren Kaufentscheidungen? Berlin: Springer Gabler. S. 58

¹¹ Vgl. Centola, D. et al. (2018). Experimental evidence for tipping points in social convention. *Science*, 360 (6393), P. 1116–1119; vgl. Gladwell, M. (2006): *The Tipping Point. How little things can make a big difference.* Hachette Book Group USA.

Leistungselite, die *Performers* als fortschrittsorientierte »Early Adopters« und die *Cosmopolitan Avantgarde* als ambitionierte kreative Trendsetter*innen.¹²

Allerdings: Als »Elitenprojekt« kann Transformation nicht erfolgreich sein. **Um Widerstand und Gegenreaktionen gering zu halten, braucht es einen umfassenderen Rückhalt in der Gesellschaft. Dabei kommt dem Milieu der Adaptive Navigators eine zentrale Rolle zu.**¹³ Dieses Milieu ist aufgeschlossen, zielstrebig, gut ausgebildet, flexibel, anpassungsbereit, modern und ganz generell offen für Neues – und daher »eigentlich« gut zu erreichen für das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft. **Gelingt es, die moderne Mitte von konkreten Maßnahmen zu überzeugen, so hat das auch Auswirkungen auf die angrenzenden Milieus (das betrifft vor allem den *Conventional Mainstream*, für die die *Adaptive Navigators* wichtige Orientierungsgeber sind).** Doch aktuell sieht die junge moderne Mittelschicht trotz grundsätzlicher Offenheit für Klimathemen weniger die sozialen Vorteile einer nachhaltigen Gesellschaft, sondern zuallererst persönliche Nachteile des bevorstehenden Wandels. **Für Klimapolitik heißt das: Trade-Off-Wahrnehmungen (z.B. »Klimaschutz führt zu wirtschaftlichen Schäden und gefährdet Arbeitsplätze«) müssen verringert, Zweifel an der Umsetzbarkeit notwendiger Maßnahmen ausgeräumt und – neben den Gemeinwohlaspekten (siehe oben) – auch ein unmittelbarer persönlicher Zusatznutzen herausgestellt werden** (Effizienz-, Modernisierungs- und Kostenargumente wie z.B. Bonuspunkte für die Nutzung des ÖPNV oder kostengünstige Mieträder).

¹² Nichtsdestotrotz wird man am Ende nicht um die Auseinandersetzung mit den großen ökologischen Fußabdrücken statushoher sozialer Milieus herumkommen; man kann sie nicht nur nach der Seite ihrer positiven ökologischen Aspekte ansprechen, ohne unglaubwürdig zu werden. Wenn dem Übergang zur Klimaneutralität unvermeidlich auch das Moment von Verzicht anhaftet (vgl. Lepenies, P. (2022): Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens. Berlin: Suhrkamp), dann sind es gerade die statushohen Milieus, die verzichten werden müssen. Von daher wird es auch auf die Herausbildung einer zivilen Konflikt- und Streitkultur ankommen. Diese muss dem Populismus abgerungen werden, der sie in Wirklichkeit untergräbt.

¹³ Barth, B. und Molina, C. (2023): Transformation und Beharren. Aktuelle Einstellungen zu Umwelt- und Klimaschutz, differenziert nach den Sinus-Milieus. In: Fritz, J. und Tomaschek, N. (Hrsg.): Partizipation. Das Zusammenwirken der Vielen für Demokratie, Wirtschaft und Umwelt. Band 12, S. 147–158; vgl. Borgstedt, S. (2023): Die Sinus-Milieus als Instrument für Transformationsforschung und evidenzbasierte Politikberatung. In: Barth, B. et al. (Hrsg.): Praxis der Sinus-Milieus. Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells. 2. Auflage, S. 305–316.

IMPRESSUM

© 2024

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Deutschland

E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Arbeitseinheit:

Competence Centre for Climate and Social Justice | FES Just Climate

Cours St Michel 30e | 1040 Brüssel | Belgien

<https://justclimate.fes.de/>

Inhaltliche Verantwortung:

Claudia Detsch, Direktor, FES Just Climate

Claudia.Detsch@fes.de

Bestellungen/Kontakt: justclimate@fes.de

ISBN 978-3-98628-463-3

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Gestaltung/Layout: [pertext](http://pertext.de), Berlin | www.pertext.de

Coverfoto: [picture alliance](#) / [Westend61](#) / [Sandra Roesch](#)

